

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Nr. 277.

Donnerstag, den 28. November

1907.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Auguststraße 20, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich.
Einzelne Nummern 10 Pf. — zweiseitig: Werktags nachmittags. — Berichtszeitung Nr. 1295.

Ankündigungen: Die Seite 11. Schrift der 6 mal gespalt. Ankündigungsseite 25 Pf., die Seite gespalt. Schrift ob, deren Raum auf 3 mal gespalt. Textseite im amtli. Teile 60 Pf., unter dem Redaktionsstrich (eingesandt) 25 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluss der Annahme vorm. 11 Uhr.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Unteroffizierschüler Otto Walter Schmidt in Marienberg für die von ihm am 30. Juni durch eine ausgezeichnete Leistung bewirkte Errettung eines Kameraden vom Tode des Ertrinkens im Schlepperteiche bei Marienberg die bronzenen Lebensrettungsmedaille mit der Beugnis zu verleihen, sie am weißen Bande zu tragen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Kommerzienrat, Königl. Großbritannische Konsul und Bankier Palmié in Dresden das ihm von Se. Königl. Hoheit dem Großherzog von Oldenburg verliehene Ehrenkreuz 1. Klasse des Haus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig annehme und trage.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Briefträger Planer in Dresden das ihm von Se. Königl. Hoheit dem Großherzog von Oldenburg verliehene mit dem Oldenburgischen Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig verbundene Ehrenkreuz 3. Klasse annehme und trage.

Erennung, Verschungen &c. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus v. öffentl. Unterrichts. Zu betheben: Nächste Österre die neu gegründete 8. und die vorbehältliche der Genehmigung der obersten Schulbehörde neu gegründete 9. und 10. ständige Lehrerkette an der latein. Bürgerschule zu Plauen. Anfangsgehalt einschl. Wohngeld 1800 M. steht durch zwei- und dreijährige Zulagen nach 21 Dienstjahren mit Einschluss des Wohnungsgeldes bis auf 4200 M. Beziehungen mit allen erforderlichen Unterlagen (auch Schulheitszeugnis) sind bis zum 14. Dezember bei dem Apostolischen Vikariate in Dresden einzureichen; — sobald als möglich eine erledigte Lehrerkette und außerdem nächste Österre eine vorbehältliche der Genehmigung der obersten Schulbehörde neu zu errichtende Lehrerkette an der mittleren Volksschule zu Taucha bei Leipzig soll; — der Stadtgemeinderat Aufgangsgehalt 1850 M. steht mit Beginn des 26. Lebensjahrs auf 1850 M. und von da ab aller drei Jahre noch zweimal um 200 M. einmal um 150 M. und einmal um 100 M. bis zum Höchstgehalt von 3100 M. Bei allen diesen Gehaltsklassen haben 20 % als Wohnungsentschädigung zu gelten. Beziehungen mit allen erforderlichen Unterlagen bis zum 12. Dezember an den Kollator; — Österre die neu gegründete 2. ständige Lehrerkette an der Kirchschule zu Oberaußersdorf soll; — die oberste Schulbehörde. 1200 M. Grundgehalt, 55 M. für Turnunterricht, 25 M. für Vertretung des Kirchschultheiters, 180 M. Wohnungsgeld für verhältnissässigkeiten, 120 M. an unverl. Lehrer. Gehalte mit allen gesetzlichen Beleihungen sind bis spätestens 18. Dezember bei dem R. Bezirkschulinspektor in Altan eingeschieden; — die mit dem Kantonat verbundene Lehrerkette in Strehla a. E. baldigst. 1400 M. Anfangs, 2700 M. Endgehalt, freie Dienstwohnung. Das Kantonat wird mit jährlich 700 M. aus der Kirchenfahne behobet. Bewerber mit Rüst- und Gefangenentrifftissen wollen Beziehungen bis zur Gegenwart an den Stadtgemeinderat bis 12. Dezember einenden.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteil.)

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Zum Schutze der von dem Deutschen Radfahrer- bunde an Straßeneinrichtungen sowie stark abfallenden, gefährlichen Straßenseiten befindeten Wegweiser und Warnungs- tafeln hat das Ministerium des Innern nachfolgende Ver- ordnung erlassen: In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die vom Deutschen Radfahrerbunde aufgestellten Weg- weiser und Warnungstafeln an Straßeneinrichtungen und gefährlichen Stellen von Unberufenen unclerklich gemacht, beschädigt oder beseitigt worden sind. Diese Tafeln stehen als Gegen- stände, die dem öffentlichen Nutzen dienen, unter dem Schutz des § 304 St. G. B. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Zeichen für die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs sollen die Kreischaupmannschaften die ihnen unterstellten Polizeibehörden anweisen, in Zukunft der unbeschädigten Erhaltung solcher Tafeln ihr besonderes Augenmerk zuwenden und alle diejenigen, die sich Übertretungen der vorgedachten Art zuschulden kommen lassen, unnachlässlich der Staatsanwaltschaft anzuzeigen.

Bei den Staatsseisenbahnen sind im Monat Juli 1907 7879568 Personen und 2826533 t Güter befördert worden. Von der Gesamteinnahme von 14181475 M. entfallen 5520374 M. auf den Personen- und 8661101 M. auf den Güterverkehr, das sind 335122 M. mehr als im gleichen Monat des Vorjahrs. Die Gesamteinnahme in den Monaten Januar bis mit Juli 1907 beträgt 85571706 M., das sind gegenüber dem gleichen Zeitraume des Vorjahrs 3997447 M. mehr.

Zeitungsfach.

Von allen Blättern wird die „Polenvorlage“ eifrig besprochen. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

Die Stellung zu diesem Teile der Vorlage ist vom konservativen Standpunkte nicht leicht zu finden. Den schweren prinzipiellen Bedenken, die gerade in der heutigen Zeit gegen einen solchen Ein- griff in das Privateigentum sprechen, stehen nach der Auseinandersetzung der Regierung vorsitzende Gründe nationaler Notwendigkeit gegenüber. Wir enthalten uns daher einer endgültigen Stellungnahme und sind überzeugt, daß die konservative Partei bei der Behandlung der Vorlage in sorgfältiger Abwägung der beiden sich prinzipiell entgegengesetzten Gedankenpunkt das Richtige treffen wird. Von den grund- sätzlichen Bedenken abgesehen, scheint uns der wichtige und schwie- rigste Punkt der Vorlage ihre Stellung und voraussichtliche Wirkung gegenüber dem in den Ansiedelungswünschen angelesenen Deutschland. Der Einmarsch und die Begründung machen in Bezug auf die Enteignung keinen formalen Unterschied zwischen Deutschen und Polen. Die Enteignung soll also auch deutsche Besitzer treffen können. Für den Fall, daß die Vorlage kommen sollte, haben wir dies aus gesetzekundlichen Gründen von Anfang an als selbstverständlich an- gesehen. Will man überhaupt die Enteignung zulassen, so darf sie nicht grundsätzlich vor deutschen Besitzern halt machen, auch vor finanziell schwachen und national unver- läßig. Auch die Ansiedelungsvorlage von 1904 hat das nicht getan, und diese Gleichheit steht nicht etwa auf dem Papier, sondern in nicht wenigen Fällen ist auf Grund dieses Gesetzes von 1904 die vorgeschriebene Genehmigung zur Ansiedelung Deutschen verboten und Polen erteilt worden. Hieraus ergibt sich die schwerwiegende Bedeutung der Enteignung für den alten deutscher Besitz, namentlich den angestammten deutschen Bauernland, dessen übertragende Bedeutung ents die Begründung anerkennt. So wichtig das Ansiedelungswort ist, so verschwindet es doch, auch rein zahl- mäßig, in nationaler Hinsicht hinter dem Interesse der Erhaltung und Festigung des angestammten deutschen Besitzes in den Ost- provinzen. Die Umwandlung angestammter deutscher Besitzungen in Rentengüter können wir in diesem Zusammenhang als eine Zuwendung an den angestammten Besitzerland nicht gelten lassen. Es wird hierunter unseres Erfahrungsstandes nach die angemessene Wahrung des Interesses der deutschen Besitzer fakt den wichtigsten Punkt der parlamentarischen Beratung bilden müssen. Es kann uns nur wünschen sein, wenn auch für das Gesetz solche Formulierungen gefunden werden, welche die gerechtfertigten Belange der deutschen Besitzer zu überwinden geeignet sind.

Die „Germania“ meint:

Es ist eine bis zur Unwahrheit gestiegerte mahlweise Über- trreibung, wenn es heißt, die Erhaltung und Festigung des Deutsch- tums in den Ostmarken sei eine Lebensfrage nicht nur für den preußischen Staat, sondern auch für das Deutsche Reich. Da mag die preußische Regierung oder Fürst Bölow sich einmal an den Reichstag wenden und diesen zu Auswendungen für die angebliche Lebensfrage für das Deutsche Reich zu bewegen suchen, er glaubt ja jetzt in „nationalen“ Fragen eine zuverlässige Wehrkraft im Deutschen Reich zu sehen. Diese Begründung ist also nichts als eine habs- tifistische Phrase, mit der man den Verdorren der Bevölkerung nicht gerecht werden kann. Jeden Baulandstreifen muß es eiskalt überlassen, wenn er ließ, wie Fürst Bölow in seiner deutlichen Rede jeden Besitzungsgebieten der Polen gegenüber rundweg und schroff ablehnte und nur von der Gewalt, von der Unterdrückung der Polen einen Erfolg erwartete. Das stimmt nicht mit den verhältnissen einen Erfolg erwartete. Das stimmt nicht mit den verhältnissen eines Kaisers noch an. Se. Königl. Hoheit wird deshalb immer noch mehrere Tage das Bett hüten müssen.

Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Mathilde wohnte gestern abend einem vom Katholischen Frauenbund veranstalteten Vortrag des Dr. Liese. Baderborn im Saale des „Tivoli“ bei.

Im wesentlichen einverstanden mit der Vorlage ist die „Kölner Zeitung“. Sie führt aus:

Die Begründung der Novelle verkennt nicht, daß es einen starken Einfluß ins Privatrecht lebet, wenn man diesen Rechten gegenüber ein Enteignungsrecht aufstellt. Die fortwährende Polonisierung der östlichen Landesteile, die wir noch in diesen Tagen an der Hand des Buches von Prof. Bernhard mit erschreckender Anzahl und Geschwindigkeit haben, die fanatische Verhetzung auf politischer Seite und das rücksichtlose Juridizieren und Bonvillieren der deutschen Bevölkerung erfordern aber außerordentliche Maßregeln zu deren Schutz und Belebung, zumal da das Endziel der national-polnischen Bewegung, wie in den volkischen Organen immer unverhüllter ausgesprochen wird, gegen den Bestand des preußischen Staates gerichtet ist.

Am der verfassungsdurchsetzten Rücksicht der Enteignungsmaß- nahme kann kein Zweck sein. Wenn man sagt, daß die Enteignung dem absoluten Recht des Eigentums widerspreche, so ist darauf zu erwarten, daß auch absolute Rechte ihre Grenzen finden in den Staatsverantwortlichkeiten. Man denkt an die Bauverbefreiungen, an Beschränkungen durch die Sanitätspolizei u. a. m. Wir müssen und auch in unserem Grundrechtsstaat immer mehr dem Standpunkt: erst der Staat und das öffentliche Wohl, dann der einzelne. Und wenn man das Schlagwort vom Kaufvertrag gebraucht, so ist zu bedenken, daß wir auch sonst, wo es not ist, Kaufnahmengesetze haben. Was denkt an die Bestimmungen über den Belagerungs- stand, daran, daß die aktiven Militärs kein Wahlrecht haben, daß Abgeordnete durch ihre Immunität straflos beledigen können u. a. m. Der offene Ausdruck des Krieges im Frieden, der den Bevölkerungen mit jedem neuen Tage droht, muß aus nationalen Rücksichten verhindert werden. Wenn man darauf verzweift, daß scharfe Maßregeln berechtigt, wann die Polen eine solche Verhütung denn eigentlich gesucht haben. Über die Frage, wohin die Polen gehen sollen, wenn man sie enteignet hat, braucht man sich den Kopf nicht zu zerbrechen. Das Sprechen geht nicht dahin, die preußischen Polen aus dem Lande zu treiben, sondern ihre altpolnischen Besitzte zu beugen und ihr Vorbringen gegen das Deutsche zu brechen. Schließlich ist der Einmarsch zu würdigen, daß durch die Enteignung ein wirtschaftlicher Druck auf die Güterpreise eintritt, somit, was namentlich von konservativer Seite befürchtet wird. Dem ist entgegenzuhalten, daß im Enteignungsverfahren doch volle Gerechtigkeit gewähr wird, und daß man sich bei ihrer Beurteilung an die auf dem Gütermarkt im allgemeinen gezahlten Preise halten wird. Es würde durch die Enteignung aber verhindert werden, daß die Preise eine weitere, wirtschaftlich nicht gerechtfertigte und nur durch den Rationalitätskampf und die von ihm begünstigte Spekulation hervorgerufene Steigerung erfahren. Denn die Ansiedelungskommission würde der Polenbesitz entzogen, ihre Güteranläufe unter dem Druck eines wirtschaftlichen oder angeblichen Wettbewerbs mit polnischen Kunden bald an dieser, bald an jener Stelle des gesamten Gebiets der Ansiedelungsprovinzen zu bewirken. Damit würde zugleich eine Verbilligung des freien Güterverkehrs eintreten, die aus wirtschaftlichen und politischen Gründen mit Dresden zu begründen wäre. So erfreut nach allem im vorliegenden Angehörigen der Vorschlag der Regierung als eine wohlbewogene und grundsätzlich anzuerkennende Maßnahme. Über Einzelheiten wird man trennen können, und die Verhandlungen im Plenum und in der Kommission werden dazu viel Raum lassen. Jedoch ist davon festzuhalten, daß das befreiende Enteignungsmitittel für das Deutschland gegen das zu bewehrte Sicht herangewichene Polenamt die Wehrung und Festigung des deutschen Staatsbesitzes ist. Es ist gar nicht zu bezweifeln, daß ein großer Teil der beiden östlichen Provinzen einen völlig polnischen Charakter annehmen würde, wenn die Ansiedelungskommission nicht gemessen wäre. Die Rede des Kanzlers beweist die Konservativen, die eine mit guten Mitteln ausgekämpfte Ansiedelungskommission dem Löten verschaffen kann. Die Überzeugung von der möglichen Erfolgsaussicht der Ansiedelungskommission ist auch mehr und mehr in die linksliberalen Kreise gedrungen, was der Kanzler mit Genugtuung feststellen konnte. Die noch Schwankenden werden die Gewissheit bekommen müssen, daß es sich hier nicht um partipolitische und partei- faktische Ziele und Erwägungen handelt, sondern um eine rein nationale Aufgabe: um die nationale Selbstbehauptung gegenüber dem gefährlichen Gegner, dessen Kraft tagtäglich wächst, um die Förderung und Aufrechterhaltung eines hervorragenden nationalen Kulturwerks, das durchaus gelingt und erfolgreich dem öffentlichen Wohle dient.

Die „Freisinnige Zeitung“ spricht sich gegen die Enteignung aus:

Wir wollen heute nur feststellen, daß es schon aus allgemein politischen Gründen mit Rücksicht auf die Verfassung, welche die Gleichheit sämtlicher Bürger vor dem Gesetz gewährleistet, nicht zu lassen ist, Staatsbürgers, die ihre Würde in jeder Beziehung erfüllen und die sich aus depressiven und sogar zum Teil tödlichen Gründen nicht dazu entschließen können, den von den Bürgern ererbten Grund und Boden zu verkaufen, gewissensfrei von ihrem Besitztum zu entfernen. Es kommt hinzu, daß die Anwendung des Enteignungsrechts gar nicht einmal den Zweck einer Verstärkung des Polenamt's ganz erfüllen würde, es müßte denn sein, daß die Regierung nun auch noch eine Exportförderungsgesetz sich bewilligen ließe. So lange das nicht geschieht, kann niemand den von ihrer Scholle vertretenen Polen, die nun, nachdem sie volle Entschädigung erhalten haben, wirtschaftlich sogar noch gefährdet sind, es verworfen, in die Siedlungen der Ostmark zu ziehen und einen festgeschlossenen Bürger- und Mittelstand bildet. Wie die Geschichte aber genügend lehrt, ist es gerade der Bürgerstand, von dessen Charakter, wirtschaftlichem Wohl- befinden und Selbstgefühl das Siedlial einer Nation und eines Staates abhängt ist. Die Errichtung des Enteignungsrechts in der Siedlung ist also abzulehnen, da sie wirtschaftlich eine höchst ungünstige Maßregel ist, politisch die Gleichberechtigung aller Bürger verletzt und in dem Nationalstreite eher eine Förderung als ein Zurückdrängen des Polenamt's erwarten läßt.

Deutsches Reich.

Der Kaiser in Highcliffe.

(W. T. B.)

Highcliffe, 27. November. Se. Majestät der Kaiser besichtigte gestern nachmittag über eine Stunde lang die Kirche von Christchurch und hörte heute vormittag die Vorträge der Chefs der Kabinette und des Grafen Wolf-Rettberg. Das Wetter ist stürmisch und regnerisch, aber warm.

Vom Reichstag.

Sitzung vom 27. November 1907.

Am Bundesstaatliche: Staatssekretär Dr. Rieberding.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung zweier Stiftungen aus dem Vermögen des Professors Gustav Müller wird in dritter Beratung angenommen.

Bei dem Gesetzentwurf über den Sicherungsvertrag, dem zugehörigen Einführungsgesetz und dem Gesetz, betreffend Änderung der Vorschriften des Handelsregisterbuchs über Versicherung, führt Abg. Wellstein (B.) aus, durch die Auslösung des letzten Reichstags sei diese Vorlage unerlässlich geblieben, er halte eine abermalige Beratung in einer 21gliedrigen Kommission für zweckmäßig; auch seien eine Reihe neuer Petitionen eingegangen, die berücksichtigt werden müssten.

Abg. Heinze (kl.) erkennt dem Gesetzentwurf eine große juristische Bedeutung zu, da er auch Völkerlichen Gesetzbuch ausstellt und die deutsche Rechtseinheit verwirklichte. Dazu kommt die soziale Bedeutung; denn der Prämienversicherungsvertrag sei von großer Bedeutung als die soziale Versicherung. Wichtig sei der jetzige Gesetzentwurf, weil er die Vertragsfreiheit namentlich zugunsten des Versicherungsmeisters einsetzt und zwischen den Interessen der Versicherungsbüro und der Versicherungsgesellschaften zu vermittelnden suche. Der § 169, der vom Selbstmord handelt, sei dahin abzuändern, daß Selbstmord unter keinen Umständen die Versicherungsgesellschaft von der Leistung befreie.

Abg. Dr. Wagner (kl.): Die konservative Partei werde die baldige Verabschiedung der Vorlage mit allen Kräften fordern. Die eingehende Beratung, die der letztere Entwurf im vorigen Reichstag geführt habe, und deren Ergebnis in der jetzigen Vorlage fast unanständig vermerkt worden sei, werde das wohl ermöglichen. Werde der Entwurf Geley, so sei das unter allen Umständen ein jugendlicher Fortschritt; denn er enthalte viele gewisse Vorschriften, welche die Kinderarbeiter oder gleichmäßig nicht erfahrene Teile unseres Volkes schützen oder besser stellen. Manche Wünsche, die seine Partei gezeigt habe, seien freilich auch in der jetzigen Vorlage nicht enthalten. Sollten von anderer Seite wider Erwartung Abänderungsanträge gestellt werden, so müßte sich sein Partei vorbehalten, auch ihre zurückgestellten Wünsche erneut zur Geltung zu bringen. Möge die Vorlage die empfindliche Stille in unserem einheitlichen Rechtssystem zum Segen unseres Volkes ausfüllen; denn an einem verschiedenen Interessen gerecht ausgleichenden Versicherungsrecht sei ja das ganze Volk erheblich beteiligt. Mit der Vollendung dieses Werkes sei unser Volk das erste Volk auf unserem Kontinent, das auf dem Felde an Bedeutung wachsende Gebiete der Versicherung eine in sich abgeschlossene, den modernen Verhältnissen entsprechende Kollektion beigebracht und hierfür gebühre unserem Reichsjustizamt Dank und Anerkennung. (Beifall)

Abg. Kämpf (Frl. B.) hält ebenfalls eine erneute Kommissionsberatung für nötig. Wenn auch Deutschland außerhalb der Geburtenregionen zu liegen scheine, so sei doch anzuschließen der Vorfall in Frankreich und Österreich die Leistungspflicht der Feuerversicherungen bei Erdbeben in das Gesetz einzubringen; eine internationale Regelung dieser Frage sei nötig.

Abg. Schulz (Rp.) begrüßt ebenfalls die Vorlage, durch die endlich die Rechte der Versicherungen gewahrt würden. Die Bestimmung hinsichtlich der Versicherungspflicht im Falle des Selbstmordes müsse etwas klarer und einwandfreier festgelegt werden.

Abg. Stadttagen (Soz.) bringt eine Reihe Bedenken gegen die vorliegende Fassung der Vorlage vor. Bei der Lebensversicherung sei es notwendig, daß das Duell mit tödlichem Ausgang nicht als Selbstmord betrachtet werde. Eine Neuregelung verlange auch das Wissen des Feuerlösches.

Abg. v. Dom (Wirtsh. Bgg.) begrüßt die Vorlage und hofft, daß sie bald verabschiedet werde.

Abg. Dove (Frl. Bgg.) führt aus, daß die Vorlage auch keine Zustimmung in dem Punkte finde, in dem sie den früheren Kommissionsbefehl nicht folge, nämlich in der Frage des Duells. Den Maßnahmen der Regierungen bezüglich der Sozialitäten könne man durchaus vertrauen.

Nach einer zustimmenden Erklärung des Abg. Ridder (Els.-Lotte.) wird die Vorlage an eine 21gliedrige Kommission verwiesen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über die Sicherung der Bauforderungen.

Staatssekretär Dr. Rieberding erklärt, die Vorlage bezwecke, den Bauhandwerkern, die ihre Arbeit und ihr Material in den Bau hineingebracht hätten, Sicherheit für ihre Forderungen zu gewähren, für den Fall, daß leichtfertige oder illoyale Bauunternehmer nicht Zahlung leisten. Das Bedürfnis für das Zusammendenken dieses Entwurfs komme zunächst dem Reichstag zu. Die Regierungen gingen nur später an diese Materie heran (Hdt., Wirtsh.). obgleich sie von der Wichtigkeit der Sache ebenso überzeugt seien, wie der Reichstag. Die Schwierigkeiten seien sehr groß gewesen, deshalb sei es erforderlich, daß die Regierungen nur mit halbem Herzen an die Arbeit gegangen seien. (Hdt., Wirtsh.) Die Regierungen wiesen sich teilsweise in der Gewissheit, daß das Haus die vorgeschlagenen Wege gehen werde. Der Entwurf wolle den Bauhandwerkern, die ihre Leistung in den Bau hineingebracht hätten, die Möglichkeit geben, sich an dem Bau selber die Rechte zu wahren. Diese Hoffnung sei leicht eine zweckwidrig. Den Bauten ständen auch weSENTLICHE Nachteile gegenüber. Der Reichstag werde das Projekt zu ziehen haben. Die Regierungen glaubten, daß die Schwierigkeiten bis zu einem gewissen Grade durch Kompromisse gelöst werden, die in dem Entwurf eingefügt seien. Man habe drei Kompromissvorschläge. Zunächst sollte verhindert werden, daß die Bestimmungen des Gesetzes die Anwendung hindern, wo nicht ein ganz dringendes Erfordernis dafür vorhanden sei. Deshalb sei vorgesehen, es den Landesregierungen zu überlassen, mit besaglichen Anordnungen vorzugehen. Zweitens sollte das Gesetz bestimmt bleiben auf Bauarbeiten. Auf bloße Reparaturarbeiten solle es keine Anwendung finden. Endlich wollte man, daß große Kapitalisten, die in der Sache nachgekommen seien, unter allen Umständen den Forderungen der Bauhandwerker gerecht zu werden, ohne Beengung durch die Bestimmungen dieses Gesetzes zu bauen vermöchten. Es sollten also dem Gesetz diejenigen nicht unterliegen, die ein Drittel der Baukosten zu hinterlegen imstande seien. Damit könne man wohl sicher sein, daß den Bauhandwerkern ihre Rechte werde. Und es sei zu hoffen, daß das Haus angehängt solcher Kompromisse dem Gesetz werde zustimmen können.

Abg. Dr. Junc (kl.) hält eine Kommissionsberatung für selbstverständlich. Die Handwerkerorganisationen wünschen sich mehrheitlich für die Vorlage aus. Er begrüßt es, daß der Gesetzentwurf sich jedes Eingriffs in das Recht der vorreingetragenen Hypotheken enthalte. Das Gesetz sei keine Verhinderung vor dem Kapitalismus. Die Hauptthese sei, daß die Rechte der Bauhandwerker gewahrt würden, während sie bisher der Unrechtsfreiheit der Unternehmer ausgeliefert gewesen waren. Er beantragt Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (B.) führt aus: Trotz der Mängel bestätigte der Entwurf die legale Erteilung eines Bauabschlusses. Mit dem Grundgedanken, die Bauhandwerker an dem Wehrwert der bebauten Grundstücke zu beteiligen, sei die Vorlage einverstanden; aber auch die Arbeiter und Lieferranten müßten geschützt werden. Die Einzelheiten des Gesetzes zeigten viele Mängel. Die Regierungen hätten sich leider nicht mit den Interessenten genügend verständigt.

Er möchte zu bedenken geben, ob sich nicht Mittel finden ließen, das Gesetz auch auf Erbbauteien anzuwenden, und spricht sich dann gegen den § 4 aus, wonach die Eintragung des Bauvertrags unterbleibt, wenn in Höhe des vierten Teiles der Baukosten Sicherheit geleistet werde. Es müßte mindestens durch die Deposition einer größeren Summe Sicherheit geleistet werden.

Abg. Pauli-Bösdam (kl.) teilt nicht den Optimismus der Vorredner. Einer der größten Übelstände liege in den hohen Provisionsen, welche die Bauunternehmer an Vermittler u. s. w. zu zahlen hätten, und die auf die Handwerker zurückstehen. Der Redner bemerkt dann, daß der Handwerkerstand Bedenken gegen § 4 in einer Regelung niedergelegt habe, die darauf hinauslaufe, den Paragraphen zu bestätigen. Solle man § 4 aufsetzen, so müsse man dafür sorgen, daß die Hintertreibung der Arbeiter unmöglich gemacht werde. Die Bauhandwerker müssen über die Notwendigkeit der landespolizeilichen Verordnung gedehnt werden. Es müßten auch Formen finden lassen, die Erbbauteien in das Gesetz aufzunehmen. Die Einzelbestimmungen des Gesetzes müßten gründlich umgearbeitet werden.

Abg. v. Dirsken (Rp.) erläutert in der Vorlage die Errichtung langjähriger, alleeartiger Baulinie. Ein eingehenderes statliches Material, namentlich über die Bedürfnisse der Bauhandwerker an schwundhaften Bauten müsse noch beigebracht werden. Er äußert das Bedenken, daß durch Erhöhung der zu hinterlegenden Baugeholde die kleinen und mittleren Bauunternehmer noch mehr als bisher von der Bauordnung abkommen würden, während die großen Bauunternehmer den Schwellen hätten, und dadurch die Wohnungsknot gesteigert würde.

Abg. Römpf (Frl. B.) sieht auch auf dem Standpunkt, daß die gelegliche Regelung der Frage der Bauforderungen notwendig sei, wenngleich er dem Entwurf auch sehr skeptisch gegenüberstehe. Durch einstimmiges Zusammensetzen aller Parteien könnte aus der Kommission etwas Brauchbares herauskommen. Der Bauhandwerker könnte gegen den Schwund geschützt werden, anderseits müsse seine wirtschaftliche Selbständigkeit gewahrt werden. (Beifall links.)

Abg. Voemelburg (Soz.) meint, die Freunde der Bauhandwerker könnten sich hauptsächlich unter den Handwerkern, die im Auftrag der Bauherren die Gebäude herstellen, während diejenigen, die auf eigene Rechnung Bauten betreiben, ihm gleichzeitig oder feindlich gegenüberstehen. Ein deutscher Schutz der ersten sei notwendig. Für die Arbeiter sei der Wert des Gesetzes sehr problematisch, weil das ganze Verfahren viel zu weitausdrücklich und zeitraubend sei.

Abg. Dove (Frl. Bgg.) ist bereit, in der Kommission an der Fassungserhaltung des Entwurfs mitzuwirken. Daß auch die Regierungen zu dem Entwurf noch kein rechtes Vertrauen hätten, gelte der Rede des Staatssekretärs. Durch die landespolizeiliche Verordnung werde über einzelne Orte der Belagerungsland für Bauten verhängt. Das Gesetz verdiene die Bezeichnung: Gesetz zur Verzögerte und Verhinderung von Bauten.

Abg. Herzog (Wirtsh. Bgg.) legt auf den Tisch des Hauses eine Statistik über Baugeldverluste nieder und spricht seine Freude über das Interesse des Hauses an den Grundsätzen des Gesetzes aus trotz seiner großen Lücken.

Abg. Werner (D. Rep.) ist der Regierung schon für den guten Willen dankbar, den sie durch diese Vorlage gezeigt habe.

Abg. Seyda (Vol.) befürchtet, daß durch das Gesetz dem Bauhandwerker mehr Schaden als Nutzen zugefügt werde.

Abg. Bielaw (Güld. Bg.) hofft, trotz mancher Bedenken, daß doch ein gutes Gesetz zustande kommen werde.

Die Vorlage wird darauf an eine 21gliedrige Kommission verwiesen.

Morgen: Erste Sitzung des Staats.

Schluß 7 Uhr.

Vom badischen Landtag.

(W. T. B.)

Karlsruhe, 27. November. Die Zweite Kammer wählte heute den Abgeordneten Richterwalt Fehrenbach - Freiburg (Zentrum) zum ersten Präsidenten. (Wiederholung)

Mit dieser Wahl hat das Zentrum zum erstenmal in Baden den ersten Präsidenten in der Kammer eingesetzt. Das Ergebnis ist durch die Sozialdemokraten herbeigeführt worden, da diese welche Befrei abgegeben haben. Die veränderte Haltung der Sozialdemokratie erklärt sich daran, daß die Liberalen die Wiederaufnahme eines Sozialdemokraten zum zweiten Präsidenten von Bedeutungen abhängig machen, welche die Fraktion nicht übernehmen wollte; er sollte ohne jeden Vorbehalt sich zur Erfüllung aller repräsentativen Verpflichtungen bereit erklären, die dem Präsidenten obliegen. Die Richtungserklärung der Heilbronner an den Großherzog beim Ableben des Großherzogs Friedrich I. durch den früheren Präsidenten Ged gab den Liberalen den höheren Anlaß zur Revision ihres Verhaltens gegenüber der Sozialdemokratie.

Abg. Kämpf (Frl. B.) hält ebenfalls eine erneute Kommissionsberatung für nötig. Wenn auch Deutschland außerhalb der Geburtenregionen zu liegen scheine, so sei doch anzuschließen der Vorfall in Frankreich und Österreich die Leistungspflicht der Feuerversicherungen bei Erdbeben in das Gesetz einzubringen; eine internationale Regelung dieser Frage sei nötig.

Abg. Schulz (Rp.) begrüßt ebenfalls die Vorlage, durch die endlich die Rechte der Versicherungen gewahrt würden. Die Bestimmung hinsichtlich der Versicherungspflicht im Falle des Selbstmordes müsse etwas klarer und einwandfrei festgelegt werden.

Abg. Stadttagen (Soz.) bringt eine Reihe Bedenken gegen die vorliegende Fassung der Vorlage vor. Bei der Lebensversicherung

sei es notwendig, daß das Duell mit tödlichem Ausgang nicht als Selbstmord betrachtet werde. Eine Neuregelung verlange auch das Wissen des Feuerlösches.

Abg. v. Dom (Wirtsh. Bgg.) begrüßt die Vorlage und hofft,

daß sie bald verabschiedet werde.

Abg. Dove (Frl. Bgg.) führt aus, daß die Vorlage auch keine Zustimmung in dem Punkte finde, in dem sie den früheren Kommissionsbefehl nicht folge, nämlich in der Frage des Duells. Den Maßnahmen der Regierungen bezüglich der Sozialitäten könne man durchaus vertrauen.

Nach einer zustimmenden Erklärung des Abg. Ridder (Els.-Lotte.) wird die Vorlage an eine 21gliedrige Kommission verwiesen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über die Sicherung der Bauforderungen.

Staatssekretär Dr. Rieberding erklärt, die Vorlage bezwecke,

den Bauhandwerkern, die ihre Arbeit und ihr Material in den Bau hineingebracht hätten, Sicherheit für ihre Forderungen zu gewähren, für den Fall, daß leichtfertige oder illoyale Bauunternehmer nicht Zahlung leisten.

Das Bedürfnis für das Zusammendenken dieses Entwurfs komme zunächst dem Reichstag zu. Die Regierungen gingen nur später an diese Materie heran (Hdt., Wirtsh.). obgleich sie von der Wichtigkeit der Sache ebenso überzeugt seien, wie der Reichstag.

Die Schwierigkeiten seien sehr groß gewesen, deshalb sei es erforderlich, daß die Regierungen nur mit halbem Herzen an die Arbeit gegangen seien. (Hdt., Wirtsh.) Die Regierungen wiesen sich teilsweise in der Gewissheit, daß das Haus die vorgeschlagenen Wege gehen werde.

Der Entwurf wolle den Bauhandwerkern die Möglichkeit geben, sich an dem Bau selber die Rechte zu wahren. Diese Hoffnung sei leicht eine zweckwidrig.

Den Bauten ständen auch weSENTLICHE Nachteile gegenüber.

Der Reichstag werde das Projekt zu ziehen haben. Die Regierungen glaubten, daß die Schwierigkeiten bis zu einem gewissen Grade durch Kompromisse gelöst werden, die in dem Entwurf eingefügt seien.

Man habe drei Kompromissvorschläge. Zunächst sollte verhindert werden, daß die Bestimmungen des Gesetzes die Anwendung hindern, wo nicht ein ganz dringendes Erfordernis dafür vorhanden sei.

Deshalb sei vorgesehen, es den Landesregierungen zu überlassen, mit besaglichen Anordnungen vorzugehen.

Zweitens sollte das Gesetz bestimmt bleiben auf Bauarbeiten.

Auf bloße Reparaturarbeiten solle es keine Anwendung finden.

Endlich wollte man, daß große Kapitalisten, die in der Sache nachgekommen seien, unter allen Umständen den Forderungen der Bauhandwerker gerecht zu werden, ohne Beengung durch die Bestimmungen dieses Gesetzes zu bauen vermöchten.

Es sollten also dem Gesetz diejenigen nicht unterliegen, die ein Drittel der Baukosten zu hinterlegen imstande seien.

Damit könne man wohl sicher sein, daß den Bauhandwerkern ihre Rechte werde.

Und es sei zu hoffen, daß das Haus angehängt solcher Kompromisse dem Gesetz werde zustimmen können.

Abg. Dr. Junc (kl.) hält eine Kommissionsberatung für selbstverständlich.

Die Handwerkerorganisationen wünschen sich mehrheitlich für die Vorlage aus.

Er begrüßt es, daß der Gesetzentwurf sich jedes Eingriffs in das Recht der vorreingetragenen Hypotheken enthalte.

Das Gesetz sei keine Verhinderung vor dem Kapitalismus.

Die Hauptthese sei, daß die Rechte der Bauhandwerker gewahrt würden, während sie bisher der Unrechtsfreiheit der Unternehmer ausgeliefert gewesen waren.

Er beantragt Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (B.) führt aus: Trotz der Mängel bestätigte der Entwurf die legale Erteilung eines Bauabschlusses.

Mit dem Grundgedanken, die Bauhandwerker an dem Wehrwert der bebauten Grundstücke zu beteiligen, sei die Vorlage einverstanden;

aber auch die Arbeiter und Lieferranten müßten geschützt werden.

Die Einzelheiten des Gesetzes zeigten viele Mängel.

Die Regierungen hätten sich leider nicht mit den Interessenten genügend verständigt.

vorbehalten, die ohne festen Ablaufstermin mit auswärtigen Staaten geschlossenen Handelsverträge einseitig ohne Zustimmung Österreichs zu bindigen. Ohne dieses Recht könnten der Errichtung eines selbständigen Polargebiets im Jahre 1917 erhebliche Schwierigkeiten erwachsen. Diese nunmehr von Österreich durch bilateralen Vertrag anerkannte handelspolitische Selbständigkeit steht, da jeder auswärtige Staat sie kennt, unter dem Schutz der internationalen Ehrenhaftigkeit." (Lebhafte Beifall.)

Aus Rußland.

(W. T. B.) Odessa, 27. November. Generalgouverneur Novikoff ist plötzlich gestorben. An seiner Stelle ist der Kommandant der 4. Schlesischenbrigade General Dufal provisorisch zum Generalgouverneur von Odessa ernannt worden.

(W. T. B.) Kiew, 27. November. Der Professorrat beschloß, die Universität am 28. d. M. wieder zu eröffnen.

(Berl. Lokalanzeiger) Riga, 27. November. Das Kriegsgericht verurteilte vier jüdische Realschüler wegen der kriegerischen Verordnung des Schulinspektors Bettow; die zwei Brüder Jonzscheljow zum Tode und ihre Kameraden zu schwerer Zwangsarbeit. Auf eisiges Betreten eines freimütingen russischen Dumamitglieds verwiesen sich der Ministerpräsident Stolypin, der Dumapresident und andere hochstehende Personen für die Verurteilten. Trotzdem bestätigte Baron

schwäche in den einzelnen Bezirken zwischen 50 und 60 Proz. Die Namen der Gewählten und ihrer Geschäftsmänner sind: Abteilung A Stadtverordnete: Anfänger: Scholz, Woldemar, privat Architekt. Unanfänger: Voigt, Jul., Kaiserl. Rechnungsamt, Oberpostinspektor a. D. Geschäftsmänner: Anfänger: Renn, Hermann, Rentner. Unanfänger: Kühn, Oskar, Jul. Albert, Sch. Oberförsterei a. D. Abteilung B Stadtverordnete: Anfänger: Adam, Ernst, Goldwirt. Unanfänger: Bock, Wilhelm, Sekretär. Geschäftsmänner: Anfänger: Gerber, Oskar, Kaufmann. Unanfänger: Birth, Robert, Lagerhalter. Abteilung C Stadtverordnete: Anfänger: Sac, Albert Gustav Franz, Kaufmann, St. L. Unanfänger: Haupt, Karl Max, Eisenbahnschreiber, St.-L. Geschäftsmänner: Anfänger: Leyler, Franz Gottlob Polyclay, Handelsgärtner. Unanfänger: Steuer, Friedrich Bruno, Geldförführer. Abteilung D Stadtverordnete: Anfänger: Merbitz, Hans R., Drechslermeister. Unanfänger: Späth, Otto, Job, Kaufmann. Geschäftsmänner: Anfänger: Hahner, Ernst Otto, Klempnermeister. Unanfänger: Ulrich, Woldemar, Buchdruckereibesitzer. Abteilung E Stadtverordnete: Anfänger: Drechsler, Ernst, Kaufmann. Unanfänger: Harnisch, Johannes Martin, Kaufmann. Geschäftsmänner: Anfänger: Wehler, Maximilian Otto, Kaufmann und Fabrikbesitzer. Unanfänger: Grohmann, Em. Albert, Dr. Ing., Fabrikbesitzer. Heute, Donnerstag, finden die Wahlen der ersten Altersklasse statt, wobei 18 Stadtverordnete zu wählen sind.

Auf Veranlassung der Dresden Nationalen Ausschüsse sprach gestern abend im Ausstellungspalast der Kaiser Ansiedlungskommissar Dr. Paul Rohrbach über „Kultur-, Eisenbahn- und Einwohnerfragen in unseren afrikanischen Kolonien.“ Die große Halle war von Bürgern bis auf die Galerien gefüllt. Der Dr. Hopf begrüßte die Besuchten, indem er das Wachstum des Interesses im deutschen Volke an den kolonialen Bestrebungen herotheob. Der Vortragende Dr. Rohrbach wies eingangs seiner Ausführungen darauf hin, daß die bis jetzt geleistete deutsche Kolonialarbeit und die in Südwestafrika gebrachten Opfer an Geld und Menschenleben nicht vergeblich gewesen seien; sie hätten einen Umsturz in dem Kolonialwesen hervorgerufen. Man habe bei der Verwaltung der Kolonien im wesentlichen die Fehler zu tragen gehabt, die von deren ersten Gründern und Verwaltern begangen worden seien. Diese hätten viel zu wenig Kenntnis von der Beschaffenheit des Landes und der dort möglichen Produktionsweise gehabt. Überdies habe geglaubt, einen großen Handel und eine koloniale Wirtschaft treiben zu können. Doch nur durch eine extensive Viehzucht könne dort Geld verdient werden. Aber zu diesem Zweck müsse man im Besitz des Landes und Herr des Eingeborenen sein. In den 80er Jahren wäre in Südwestafrika die Entwicklung der Eingeborenen noch ziemlich leicht gewesen, aber statt dessen habe man sogenannte Schutzverträge geschlossen, die doch nur von einem Teile der Eingeborenen ausgehalten worden seien. Da die Kolonialverwaltung nicht umfangreiche gewesen sei, diese gegen die Raubjäger eines Witwos zu schützen, habe man zugelaufen, daß ihnen Gewehre zugeführt wurden, um sich selbst zu verteidigen, und mit diesen Gewehren sei der Aufstand der Hereros geführt worden, der dem Reich eine halbe Milliarde an Geld und 2000 Menschenleben kostet habe. Jetzt sei nun mit schweren Opfern das Ziel erreicht, zu dem man früher mit leichteren habe gelangen können; die Eingeborenen hätten ihr Vieh verloren und damit ihre Bodennutzung. Sie seien nunmehr gezwungen, bei den Weißen für Lohn und Brot zu arbeiten. Während aber Südwestafrika eine Siedlungskolonie sei, das heißt ein Land in dem eine bodenständige Assimilation des Europäers möglich sei, müsse die Frage der Boden- und Eingeborenennutzung in den tropischen Kolonien Togo, Kamerun und Deutsch-Südostafrika ganz anders gelöst werden. Das Klima lasse hier eine Ansiedlung nicht zu, der Weiße müsse alle schwere körperliche Arbeit vermeiden, und die Gründung von Familien mit weichen Frauen sei unmöglich. Infolge der natürlichen Fruchtbarkeit des Landes finde der Schwarze bei seinen geringen Bedürfnissen durch wenig Arbeit seinen Lebensunterhalt und werde daher nicht durch die Verhältnisse gewungen, bei dem Weißen oder für diesen zu arbeiten. Dies könne nur durch Einführung einer Arbeitssteuer oder Steuerarbeit geschehen. Nach diesen allgemeinen Ausführungen führte der Dr. Redner eine Anzahl Lichtbilder nach Aufnahmen vor, die nach Beendigung des Aufstands gemacht worden sind, und knüpfte hieran eine Reihe weitere Bemerkungen. Er zeigte u. a. das Wedebgebiet in Südwestafrika und führte aus, daß die Viehzucht dort noch von großer volkswirtschaftlicher Be-

deutung für das Mutterland werden würde. Auch der Bergbau habe dort eine Zukunft. Unbedingt notwendig sei aber für das Gedanken und Emporkommen aller Kolonien die Anlage von Eisenbahnen, denn in Südwestafrika trenne eine Wüstenzone und in Kamerun ein Urwaldgebiet das Innere von der Küste. Auch sei eine hinterende Bewachung der Negro ohne die Eisenbahnen nicht möglich. Die Zuhörer folgten dem fesselnden Vortrage mit gespannter Aufmerksamkeit. — Diejenigen Damen und Herren, die gestern die Karten, in denen sie sich zu Bett tragen für die Zwecke der Nationalen Ausschüsse bereit stellten, wegen des großen Andrangs nicht abgegeben haben, werden gebeten, sie an den Dr. Hopf, Striesen Platz 15, einzuhenden.

* Der 1875 verstorbenen Privatmann Dr. Dr. Heyer hat in seinem Testament bestimmt, daß der Nachlaßbestand zu einer Hälfte der Stadt als Fonds einer Stiftung zusehen und der Sisenetrag zur Unterstützung alter, besonders hilfsbedürftiger, arbeitsunfähiger und würdiger Ortsarmer verwendet werde, dergestalt, daß auf Personen, die eine Familienverwandtschaft nachweisen können, vorzugsweise Rücksicht genommen werde, sowie auch solche, die dem Müller gewerbe angehören, bei übrigens gleicher Berechtigung besondere Berücksichtigung finden sollen. Einige ortsbare, im Dresden wohnhafte Verwandte des Stifters oder dem Müller gewerbe angehörige Personen werden aufgefordert, Gedächtnis bis zum 18. Dezember schriftlich in der Kanzlei des Amtsamtes, Landhausstraße 9, Zimmer 4, unter Beifügung der Ausweispatente abzugeben.

* Die Unfallsfürsorge für Bezirksbeamte im Bezirk der Königl. Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt ist nach einem gestern mittag von einem Bezirkstage der genannten Amtshauptmannschaft gefassten Beschlüsse eingeführt worden. Hierauf erhalten Beamte des Bezirkverbands der genannten Amtshauptmannschaft, die infolge eines im Dienste erlittenen Unfalls dauernd dienstunfähig geworden oder in ihrer Erwerbsunfähigkeit beeinträchtigt worden sind, Pension und sonstige Unterstützung nach Maßgabe der Bestimmungen in §§ 1, 3—7, 9 des Gesetzes, die Unfallsfürsorge für Beamte betreffend, vom 1. Juli 1902. Den Hinterbliebenen von Beamten des Bezirkverbands der Königl. Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt werden, wenn diese leichten infolge eines im Dienste erlittenen Unfalls gestorben sind, die in §§ 2—7, 9 des selben Gesetzes angegebenen Bezüge gewährt. Gegen Unfall, Alter oder Invalidität bleiben die Beamten, soweit die Versicherungspflicht für sie gezielt begründet ist, bei den zuständigen Organisationen versichert. Die Zahlung der Pensionen und sonstigen Unterstützungen auf Grund des Statuts erfolgt aus dem Vermögen des Bezirkverbands der Königl. Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt und zwar zunächst aus dem hierzu gebildeten Pensionsfonds. Die Zahlung wird alljährlich durch die Kasse der Königl. Amtshauptmannschaft bewirkt. Die Versammlung, der auch Dr. Kreishauptmann Dr. jur. Rumpelt beheimatete, genehmigte ferner noch die Stiftung eines Königl. Friedrich August- und Königin Carola-Freibettes im Krug vom Nidda-Biergärtchen zu Saalhausen.

* Zur Weihnachtszeit tritt das Bedürfnis zur eiligen Versendung von Paketen behöfend stark auf. Es wird daher auf die Einrichtung des Eisenbahnexpressguts aufmerksam gemacht. Solches Gut wird mit größter Geschwindigkeit befördert und innerhalb der Dienststunden der Gesellschaft verarbeitet, also vielfach auch nachts und an Sonntagen, angenommen. Als Eisenbahnpakete oder Expressgut können alle Gegenstände verarbeitet werden, die sich zur Beförderung im Packwagen eignen und zwar von und nach solchen Stationen deutscher Bahnen, die für den Gesellschaftsverkehr eingerichtet sind, nicht jenseits einer Grenzzollabfertigungsstelle liegen und für die durchgehende Expressgutfracht bestehen, was übrigens im sächsischen Binnenverkehr fast durchweg der Fall ist. Jeder Sendung ist eine Eisenbahnpaketkarte beizugeben, die der Absender auszufüllen hat; auf eine Adresse können bis zu fünf Stück aufgeliefert werden. Solche Adressen sind bei den Gesellschaftsverwaltungen zu laufen. Jedes Stück muß mit einer genauen, deutlichen und dauerhaft festgestellten Adresse versehen sein. Expressgut wird bei den Gesellschaftsverwaltungen angenommen und mit den Zügen für den Personenverkehr (Vorläufige und die im Fahrplan mit O. G. bezeichneten Züge ausgenommen) befördert. Es wird die Expressgutfracht mindestens für 20 kg berechnet; bei Beförderung in El. und Personenzügen werden mindestens 50 Pf. bei verlangter Beförderung in Schnellzügen, auch nur frecheinweise, mindestens 1 R. erhoben. Auf der Paketkarte ist der Zug, mit dem die Beförderung stattfinden soll, anzugeben; fehlt

diese Angabe, so wird das Expressgut mit dem nächsten geeigneten Zuge befördert. Der Empfänger kann sofort nach Ankunft des Zuges, mit dem die Sendung zu befördern ist, am Bestimmungsort die Auslieferung bei der Gesellschaft verlangen. Findet sich der Empfänger nicht sofort nach Ankunft des Zuges zur Empfangnahme der Sendung ein, so wird sie ihm angemeldet; Sendungen, die nach Dresden Hauptbahnhof, Bettinerstraße oder Neustadt, Leipzig-Dresdner oder Bayerischer Bahnhof und Chemnitz Hauptbahnhof bestimmt sind, werden dem Empfänger, wenn er im Stadtgebiet wohnt, gegen eine festgesetzte Gebühr zugeführt, sofern die Sendungen nicht zur Selbstabholung bestimmt sind. Bei regelmäßiger Verwendung von Expressgut empfiehlt es sich, vom „Beliebigungsbuch über aufgesehene Eisenbahnexpressgüter“ Gebrauch zu machen, das zum Preise von 55 Pf. bei den Gesellschaften erhältlich ist; eine Quittung in anderer Form wird über solche Güter nicht erteilt.

* Aus dem Polizeiberichte. In Striesen versuchte gestern ein Haussmädchen sich dadurch den Tod zu geben, daß es sich mit einem Küchenmesser in den Kopf stach. Soviel sich bis jetzt hat feststellen lassen, scheint die Lebensmüde die Tat in einem Zustande plötzlich eingetretener geistiger Unmacht begangen zu haben. Man brachte sie nach Anlegung eines Notverbands in die Heil- und Pfleganstalt. — Beim Überqueren der Fahrbahn der König Johann Straße wurde am Montage ein Kaufmannslehrling von einem Straßenbahnenwagen umgerissen und eine Strecke weit geschleift. Lediglich dem Umstande, daß der junge Mann sich mit den Händen an dem Wagenpuffer festhielt, ist es zugeschrieben, daß er ohne Körperschaden davon kam. — Auf der Böhmer Straße ist vorgestern ein Droschkenpferd einen älteren Arbeiter um, wobei dieser unter das Tier zu liegen kam und durch Husten schwer verletzt wurde. Straßenpächter brachten ihn zunächst in eine Hausrat, von wo aus dann auf Anordnung eines hinzugerufenen Arztes seine Überführung in das Johannistädter Krankenhaus mittels Krankentransportwagens erfolgte. Der Droschkenführer ist an diesem Unfall schuldlos. — Einen Unterschenkelbruch erlitt gestern auf einem Holzlagerplatz in der Friedensstadt ein Arbeiter dadurch, daß ihm beim Heben einer 6 Zentner schweren Poste diese auf die Beine fiel. Ein Verdulden Dritter liegt nicht vor.

Bauwirtschaftliches.

○ Man berichtet uns über die A.-G. Societätsbrauerei zu Ritterau: Einschließlich 4122 M. Gewinnvortrag belief sich der Überschuss auf 101 737 M. (96 395 i. V.). Der Reinigewinn bezifferte sich auf 66 643 M. (58 871), woraus wieder 12 % Dividende ausgeschüttet werden sollen. Zum Reuportrag verblieben 5057 M. — Der Herausloch bewegt sich im laufenden Jahre in steigender Richtung.

(W. T. B.) Washington, 28. November. Schatzkeller Gordeau gibt bekannt, daß die Bezeichnung gilt für die Schatzkasse, welche geschlossen worden ist und daß Bewerbungen, die nach Schluss der Liste vom 27. d. M. eingegangen sind, keine Berücksichtigung finden können. Die entschiedene Besserung im Geschäft lasse es sehr wohl möglich erscheinen, daß der Schatzkeller keine weiteren Bestellungen, als die bisher erfolgten, vornehmen werde. Über die Höhe der Bezahlungen ist nichts bekannt.



Albin Grohmann Juwelier. Gegründet 1852.

8912

Juwelen u. Goldwaren Dresden-A.
Moderner Schmuck
Ketten u. Ringe
Silb. Tafelgeräte u. Bestecke Fernsprecher 4495.

Wetterbericht der Königl. Sächs. Landes-Wetterwarte.

Witterungsverlauf in Sachsen am Mittwoch, den 27. November. Am Abend des 26. November hörte es zum erstenmal mit Regen an. Der folgende Tag, der 27. November, brachte dann trockenes, vorwiegend trockenes Wetter. Die Temperatur war rasch gestiegen, so daß die Maxima wieder 10.0°C überschritten. Die Winde wehten aus Süd bis Südwest. Das Barometer stand zu tief.

Der Aufstieg in Lindenberg ergab bei 500 m + 9.6°C , WsS 18; bei 1000 m + 6.8°C , WsS, bei 1500 m + 4.7°C , bei 2000 m + 3.1°C , bei 2500 m + 0.8°C , bei 3000 m - 2.1°C , bei 3500 m - 4.0°C , bei 4000 m - 7.4°C , bei 4170 m - 8.8°C . (Geschwindigkeit in m pro Sekunde.) WsS bis WsS, aunehmend aus 22.

Witterungszustand von Donnerstag, den 28. November, früh 8 Uhr. Leichter Südwestwind. Heiter, leichte Wolken. Barometer fast gestiegen. Temperatur + 3.6°C .

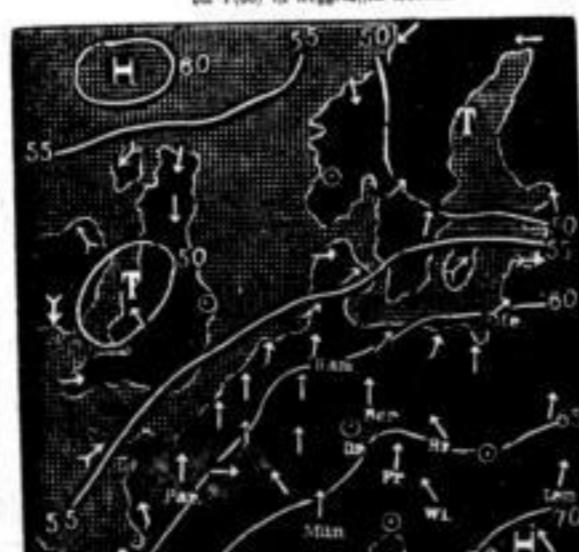
Meldung vom Bischelberg, abends 1 Uhr: Berg nebelfrei, Nebel in den Tälern, bis 1000 m schwache Schneedecke, glänzender Sonnenausgang.

Wetterlage in Europa am 28. November, früh 8 Uhr. Die Wetterlage hat sich vom gestern zu heute völlig verändert. Während gestern nur ein fast hoher Druck im Süden vorhanden war, hat sich heute hoher Druck wieder über den ganzen Süden ausgedehnt, tiefer Druck befindet sich in geringerer Ausdehnung über England, in größerem im Nordosten. Die Wettergestaltung wird auch heute wieder durch das subtropische Hoch bestimmt. Es herrscht heiteres trockenes Wetter, das auch andhalten wird.

Prognose für den 29. November. Trockenes, teilweise heiteres Wetter; mäßige südöstliche Winde; mild.

Wetterkarten vom Donnerstag, den 28. November früh 8 Uhr.
Windströmung und Linien gleichen Luftdrucks.

Die Zahlen bedeuten Barometertiefe.
die 7 (90) ist weggelassen worden.



Witterungszustand und Temperatur °C.
Die Zahlen bedeuten Temperaturgrade.
Kühlgraden sind durch - kennzeichnet.



Zeichentafelkarte	
m. Niedersch.	flürig
— stark	frisch
— schwach	windstill
○ wolkig	wolkenlos
1/4 bedeckt	1/4 bedeckt
1/2 bedeckt	1/2 bedeckt
¾ bedeckt	¾ bedeckt
■ bedeckt	Nebel
*	Schnee
=	Nebel
~	Dunst
Scampia	Scampia
△ Gemüte	Hagel

Dieziehung 1. Klasse 158. Königlich Sächsische Landeslotterie erfolgt am 4. und 5. Dezember 1907. Beginn der Ziehung früh 8 Uhr.
Für die konzessionierten Kollektoren und deren Gehilfen sind zum Verkaufe von Losen der Königlich Sächsischen Landeslotterie bestellt. Jeder Kollektor ist verpflichtet, die von ihm auszugebenden Lose rechts mit dem Abdruck eines Stempels, der seinen Namen und Wohnort angibt, zu versehen, da der Mangel eines solchen Abdrucks die Ungültigkeit des Loses zur Folge hat.

Leipzig, am 18. November 1907.

Königliche Lotterie-Direktion.

Anschrift für die Statzexpedition sofort gesucht. Gehalt: 500 Mark. Bedingung: Gemeindebeamten Schüler, Stenograph und Maschinenbeschreiber. Meldung sofort an den Stadtrat zu Wohlau i. B. Dr. Järl. 9157

Gebr. Arnhold

Bankhaus

Waisenhausstr. 20.

Filiale Hauptstrasse 38.

Ein- und Verkauf von Staatspapieren, Pfandbriefen etc.
Annahme von Geldern zur Verzinsung mit 4-5 % spannungsfrei.

Vermietung von Schrankfächern (unter alleinigem Verschluss des Mieters) in unserer nach den neuesten Erfahrungen im feuer- und diebes-sicheren Gewölbe erbauten

Stahlkammer.



Interessante
Weihnachts-
Geschenke
für Jung und Alt.



Dresdner Felsenkeller-Biere

behaupten ihren seit über einem halben Jahrhundert erworbenen

guten Ruf!

herzliche Weihnachtsbitte!

für eine sehr arme, unglückliche Familie in Anklungen, Landkreis Gaffel, wo der Mann blind ist und nur eine Hand hat, also völlig arbeitsunfähig, dabei Frau und 4 unerogene Kinder, das kleinste 1½ Jahr, die Not also sehr groß, da die Unterstützung nur klein ist, bitte ich im Namen der armen unglücklichen Familie um Gaben am Gelde, Kleidungsstücken usw. Hilfe tut hier wirklich gut, denn die Not ist groß, ich bitte alle Freunde recht herzlich um Spenden dieser Zeitung um fröhliche Gaben. Vielleicht kann den armen unglücklichen Leuten eine Arbeitshilfe von den Gaben errichtet werden, damit dieselben auch eine Weihnachtsfeier haben, denn bis jetzt haben sie keine Weihnachtsfeier gehabt. Bitte nochmals, helfen! 9156 Eichenberg, Post Thringenhausen, R. Gaffel. Engelmann, Gutsvorförcher.

Photo-Kunst-Salon Oskar Bohr

Johannesring, neben Café König.

James Aurig

Photographische Bildnisse im eigenen Hause.

Täglich 10-6 Uhr.

Eintritt frei.

9161

Konzert-Direktion F. Ries.

Montag, 16. Dezember, 1½ Uhr, Palmengarten:

Märchen-Abend von

Hanns Fischer

Königl. Sächs. Hofschauspieler.

(Märchen von Bechstein, Grimm, Andersen, Leander, Brentano.)

Karten à 3, 2, 1 Mk. bei F. Ries (Kaufhaus) von 9-1, 3-6 Uhr. — Bestellungen auf Plätze auch bei Ad. Brauer (F. Flötner), Neustadt. 9154

Oberhemden, Nachthemden, Uniformhemden, Kragen, Mäntelchen, Servietten. Vorsprüngliche Schnitte. Beste Qualitäten.

Mary Stephan, Brüderstr. 4.

Pa. Engl. u. Holländer

Austern

Tiedemann & Grahl

Seestraße 9 7174

Schüler oder Schülerin

findet bei uns Unterunterricht mit oder ohne Pension Dresden-N. geforderte Lage in gutbürgerl. Familie, jetzt oder später. Gef. Objekten sub „Marienbrücke“ Exp. d. Bl.

Suche f. m. Cousine (Weise) Posten als

Gesellschafterin oder Repräsentantin.

26 Jahre, sehr gebildet, musikalisch,

wirtschaftlich, heit. Temperament.

Fr. Dr. Ulrich, Zweigstr. 9

Dresden. 9072

Emser



Schachtel 80 Pfg.

9236

der Emser Staatsbetriebe,
Lösend, den Hustenreiz mildern,
längeren Katarrhen vorbeugend.

Pastillen



Panorama International

Marientl. 15, schrägüber das 2. Leben.



Turkestan

das Paradies Russlands

in Russisch-Zentral-Asien.

Höchst schenkwert! eine

Eigenartig interessanter Bildband.

Rinderabonnement: 12 Reisen 1 Mk.

Familien-nachrichten.

Geboren: Ein Knabe: Hen.

Karl Conradi in Chemnitz —

Ein Mädchen: Hen. Ernst

v. Knobelsdorff-Breitenhoff in

Wunsiedel b. Friedberg R. M.

Die Verlobung ihrer Tochter Vera mit dem Rittergutsbesitzer Herrn Waldemar von Treskow auf Augustenhof bei Rabensteinfeld i. M., Leutnant der Reserve des Ulanen-Regiments „Prinz August von Württemberg“ (Pos.) Nr. 10, beeckt sich anzusezen

Olga von Wuthenau
geb. Edle von der Planitz.

Dresden, den 22. November 1907.

Seine Verlobung mit Fräulein Vera von Wuthenau, Tochter des verstorbenen Königlich Preußischen Oberstleutnants Louis von Wuthenau und seiner Frau Gemahlin Olga geb. Edle von der Planitz, beeckt sich anzusezen

Waldemar von Treskow,

Rittergutsbesitzer und Leutnant der Reserve des Ulanen-Regiments „Prinz August von Württemberg“ (Pos.) Nr. 10

Augustenhof bei Rabensteinfeld i. M., den 22. November 1907.

9166

Ihre Vermählung beecken sich hierdurch ergebenst anzusezen

Freiherr Colin von Hammerstein
Generalmajor z. D.

Freifrau Lily von Hammerstein
geb. Miss Griswold.

München, 27. November 1907.

9158

Am 26. November ist der

Landtagsabgeordnete

Herr Ökonomierat Philipp Steyer

Rittergutsbesitzer auf Naundorf

Ritter pp.

samt entschlafen.

Der Verewigte, der dem Verwaltungsrat unseres Instituts seit über 31 Jahren als Mitglied angehörte, ist unserem Vereine allezeit ein treuer und gewissenhafter Berater gewesen, hat dessen Interessen mit vollster Hingabe gefördert und gepflegt und hierdurch bleibende Verdienste um denselben sich erworben.

Ein dankbares Gedanken wird dem Heimgegangenen in unserer Mitte für immer gesichert sein.

Dresden, am 27. November 1907.

Der Vereinsvorstand
des Landwirtschaftlichen Kreditvereins im Königreich Sachsen.

Dr. Pödel,
Vorsitzender des Verwaltungsrats. Dr. Mehnert,
Vorsitzender des Direktoriums.

9160

Kunst und Wissenschaft.

Die Ausgrabungen in Bergamum.

Man schreibt uns aus Athen: In dem vom Deutschen Archäologischen Institut in Athen soeben ausgegebenen Bericht über die Arbeiten zu Bergamum werden die sehr bedeutenden Ergebnisse der Ausgrabungen in den Jahren 1904 und 1905 niedergelegt. Neben den Professoren Conze und Dörpfeld hatten an den Arbeiten die Herren Kolbe und Heyning und die Architekten Schatzmann, Bippellius und Sarcos teilgenommen. Aus dem Bericht, den W. Dörpfeld über die Bauwerke erstattet, geht hervor, daß mit den Untersuchungen oberhalb der zweiten Mauernlage begonnen wurde, wo die zur Acropolis führende Straße in starker Serpentinenwindung den Bergabhang hinaufläuft. Zunächst wurden einige Bauwerke, die hauptsächlich als Magazine und Verkaufsläden gesiedelt hatten, bischegelt, darunter auch ein großes Gebäude mit dreiviertel Hofraum. Es ist auf der anderen Straßenseite noch mal auf ein hattisches Bauwerk, das als Wohnhaus des späteren Konsuls Attalos gekennzeichnet ist. Es erhob sich auf älteren griechischen Fundamenten; die Grundmauer unterteilt sich in einen mittleren großen Hofraum, den eine Säulenhalle umschließt; in der Mitte liegt ein Brunnen, daneben sind zwei halbkreisförmige Wasserbehälter angeordnet. Im Westen liegt, in der Achse des Bauwerks, der große Hypostylohraum, das Megaron, mit einem später vermauerten Zugang rechts, in dem eine Herme des Konsuls Attalos, welcher der Ryale huldigte, aufgestellt gefunden hatte. Eine der ersten Räume in der nördlichen Zimmerreihe ist durch eine häufige Einwölbung als Schatzkammer gekennzeichnet; nahe daran lag das etwas geräumigere Schlafzimmere des Hauses. Der Boden ist in den weissen Räumen mit zart bemalter Rosai verkleidet, die farben- und mustereich wie Teppiche wirkt. Nach den vorhandenen Architekturstücken zu schließen, befand das Haus ein zweites Stockwerk, das dem Erdgeschoss entprochen haben wird. Die Architektur des Säulenhauses ließ sich rekonstruieren. Sie besteht aus einer dorischen Ordnung im Erdgeschoss und aus einer zierlichen ionischen im aufgesetzten Stockwerk. Beachtenswert ist eine im formidablen Stil aufgestellte Rüstenumrahmung im Megaron, ferner ein eigenartiger Fensterstiel aus Porosstein, mit dreiviertel-dorischer Säule. Von einer zweiten Herme wurde nur der Schaft gefunden, während sie jetzt mit einer Bestimmtheit sagen läßt, daß die 1903 entdeckte Herme, die eine Kopie des berühmten Hermes des Alkamenes darstellte, ebenfalls im Attalosbau ihre Aufstellung gefunden haben muß. Leider haben es die abgussurten jüdischen Teile unmöglich gemacht, diese äußerst interessante Hausanlage, die in ihrem leichten Baustil dem 2. Jahrhundert n. Chr. angehört, in allen Teilen mit genügender Sicherheit zu rekonstruieren. Die nördlichen Räume sind wieder aufgebaut und mit Tätern versehen worden, um die Rosaiabdeckung zu schützen.

Bon dem Gymnasium, das aus drei Terrassen besteht, wurde die mittlere und obere Anlage freigelegt. Die letztere besteht aus einem 74 m langen Hof, dessen Säulenhalle ebenfalls zwei Stockwerke aufzuweisen hatte. Beide Säulenstellungen sind korinthischer Ordnung. Nach der Architektur ist das Gymnasium im 2. Jahrhundert n. Chr., etwa zur Zeit Hadrians, entstanden; das darauf gebaute Geschöpfer ist jüngster Datums. Zur ganzen Anlage weisen einige Bauteile auf eine ältere archaische Konstruktion hin; insbesondere verraten dies die Fußbodenböden in den anstoßenden Räumen. Der grohe Hofraum war ursprünglich reich ausgestattet. Vor einer jeden Säule waren Standbilder errichtet worden; in der Mitte, vor der Nordhalle, lag eine Egedra, rechts davon in der Hofseite, eine Waschvorrichtung. In den östlichen Räumen, die an sich weniger Interesse boten, fanden sich als wertvolle Architekturglieder je ein prächtiges korinthisches Parastaten-Kapitell mit gartenabtragenden Erosen und ein zierliches ionisches Säulen-Kapitell aus feinstem Marmor. Ein eigenartiger Raum wurde im Nordosten freigelegt. Er besteht aus einem Saal mit apsidalen Abschlüssen an den beiden Schmalkeiten, vermutlich mit Überwölbung. Auch die Architektur: Säulen aus buntem Marmor, Parastaten-Kapitelle und Gebälk, ist höchst beachtenswert. Nach der Inschrift des Architekten und nach dem ganzen Charakter des Raumes scheint dies der Kaiserzaal gewesen zu sein. Unter der Südhalles befand sich ein langer, kellerartiger Raum, dessen Decke im römischen Zeit Gurtböden trugen und der durch eine große Zahl Lichtscharten beleuchtet wurde. Man hat in diesem Raum ein sogen. Keller-Satorium, einen Übungssaal für die Sommer- und Wintermonate, erkannt. Erst später, als durch Ausbauten im Süden dieser Halle das Licht entzogen wurde, mag sie ihrer Bestimmung nicht mehr entsprochen haben. Von den drei Gymnasien, die sich terrassenförmig übereinander aufzubauen, war das unterste für die Knaben, das mittlere für die Jünglinge, das oberste für die Erwachsenen bestimmt. Endlich von der letzten Anstalt lagen die Hermen und etwas höher am Bergabhang baute sich ein Heiligtum der Hera Basileia, mit einem dorischen Tempel, auf.

Schließlich wurde das bereits von Humann vor 25 Jahren ausgegrabene Theater der Akropolis für eine erneute Untersuchung von den Schuttmassen befreit und gehäubert. Es liehen sich hier drei Bauperioden nachweisen. In der ältesten, griechischen, war die Szene aus Holz errichtet und konnte noch bedarf auf- und abgeschlagen werden; in der zweiten, hellenistischen, war sie aus Stein fest aufgebaut, mit einem gebräuchlichen Proscenium. In der dritten, römischen, entstand dann ein römisches Szenengebäude mit einer erhöhten Bühne.

Mit Hilfe der Binsen aus dem Iwanoff-Tomb sind endlich an den großen Tumuli der pergamenischen Ebene die Untersuchungen begonnen worden. Von dem sogenannten Mal-Tepen, dem Tumulus südwestlich der heutigen Stadt, wurde der an 70 m lange überwölbte Gang (Dromos) zu dem eigentlich aus drei Kammern und einem Vorraum bestehenden Grabeselbe freigelegt. Die Richtung dieser Anlage scheint absichtlich von der Achse des Grabhügels abzuweichen. Die Kammern sind längst ausgeraubt; auch die Sarkophage waren in einem elenden Verhöhnungs Zustande. In dem südlich von diesem Tumulus gelegenen Tigris-Tepen, der als das Grabmal der pergamenischen Könige angesehen werden darf, wurde verucht, mittels eines Tunnels einzudringen; da sich aber diese Arbeit als unzweckmäßig erwies, entschloß man sich erst später, einen offenen Einschnitt vorzunehmen, der indessen noch nicht zu einem Ergebnis geführt hat. Auch an zwei kleineren Tumuli wurde mit den Grabungen begonnen, die beide erst 1906 zum Abschluß kamen und zur Auffindung der Gräber führten. Es

waren dies Trajekt-Sarkophage, die noch die Skelette und Beigaben enthielten. In dem einen fand sich ein prächtiger, in Gold gearbeiteter Eichenkranz, mehrere vergoldete Myrrahäuse und zwei eiserne Schwerter. Nach den hier gemachten Funden sind diese Gräber dem 4. Jahrhundert v. Chr. zuzurechnen.

Aber die 153 Inschriften und Fragmente von solchen, die bei den Grabungen gefunden wurden, berichtet eingehend H. Heyding. Es sind 21 Stücke, die als Urkunden, Elasche und Thessalien für Gymnasiarchen und Wohlauer, Verdronungen u. dgl. eingesetzt wurden. Fünf Inschriften beziehen sich auf Weihungen an Poseidon, Asklepios, Sokrates und an die bisher unbekannte Göttin Europa; es fanden sich ferner fünf Weihungen an Knabe Hadrian und 66 Ehreninschriften zugunsten der Attaliden, einiger Regierungbeamten und mehrerer pergamenischer Bürger. Die übrigen 55 Epigramme sind Ausschriften von Gebäuden, Altären, Grabsteinen, einer Künsteinschrift etc. Auch die Einschriften lehnen wir durch Heyding's Beschreibung kennen. Wie groß muß die Zahl und die Pracht der Denkmäler gewesen sein, die hier aufgestellt gefunden hatten, wenn man nur noch den zahllosen Fragmenten schließen will, die aus den Schuttmassen zutage gefördert wurden! Durchdringt war die Gestaltung, die seit dem Mittelalter Plag geprägt hatte und noch bis vor 25 Jahren währt, wo immer noch alte Kunstwerke in einem Kultus waren, bis Humann endlich diesem Vandalsmus ein Ende bereitete. Von den Skulpturen sind erwähnenswert die Fragmente einer hellenistischen Kolossalstatue eines Herrschers, der Torso einer großen sitzenden Herkulesstatue, Teile einer idealen Junglingsstatue, mehrere gewundne Statuen, vielleicht von Männern, die sich um das Gymnasium verdient gemacht hatten, das Bruststück eines Herkulesstandbildes, der Unterteil einer Poseidonstatue und mehrere Aphroditenstatuetten, ferner plastisch ausgearbeitete Konsolen des Attalosbaus, Thailänder, Rankenfriesblätter und vergleichbar mehr. Endlich fanden sich gefunden mehrere Gerätschaften aus Stein, und Metall, Glas- und Tongefäße, Lampen etc. Mit einer Studie W. Kolbes über die größtenteils auf der unteren Gymnasionterrasse in einem sehr zerstreuten hellenistischen Tempel führer gefundenen Ephebeninschriften und einer Untersuchung über die Phyleinverteilung in Bergamum, die als ein Welt der Attaliden bezeichnet wird, schließt der Aufsatzreiche, längst mit Spannung erwartete Ausgrabungsbericht. A. St.

Wissenschaft. Zu unserer gestrigen Notiz über die Robert Koch-Stiftung ist noch nachzutragen, daß Frau Krupp in Essen in Gemeinschaft mit der Aktiengesellschaft Krupp 15.000 M. für die Stiftung gezeichnet hat. Seit Anfang Oktober die ersten Vorbereitungen für die Gründung der Stiftung begonnen haben, sind bereits über 150.000 M. eingegangen.

In der diesjährigen Nummer der „Berliner klinischen Wochenschrift“ berichtet Dr. Wohlberg, Direktor des St. Marien-Hospitals „Kaiserin Friedrich“ in Norddeutschland, über die in diesem Institut seit längerer Zeit vorgenommene Behandlung mit Marmorellem Tuberkuloseserum. Zu den Voraussetzungen hat Dr. Wohlberg nur schwierige Fälle von Tuberkulose und Strophulose ausgeschlossen, da Initialfälle gegenüber der Einwand berechtigt sei, daß sie möglicherweise auch ohne Serumbehandlung hätten heilen können. Die günstige, unzweifelhaft heilende Wirkung des Marmorel-Serums bei Strophulose und Diphtheriebukkulose berechtigte zu dem Aufsprache, daß in diesem Serum ein Heilmittel für die schwersten Formen der Tuberkulose vorliege.

Literatur. Aus München berichtet man: Am nächsten Sonnabend findet im hiesigen Residenztheater die Uraufführung des fünfaktigen Dramas „Baras“ von Friederich Freytag statt. Das Drama, das den Minon-Stoff behandelt, ist unter dem Titel „Minon de L'Enclos“, ein Spiel aus dem Baras, bei Georg Müller in München im Buchhandel erschienen.

— Aus Reise wird gemeldet: Aus Mailand des 50. Todestags Eichendorffs waren Abordnungen aller Körperschaften und Vereine mit Fahnen an seinem Grab vereinigt, wo Kapitän Bösch die Gedächtnishymne hieß. Darauf folgt man zum Eichendorff-Denkmal, wo nach einer Ansprache des Autors liebige zahlreiche Blumen niedergelegt wurden.

Bildende Kunst. Aus Düsseldorf meldet man: Aus Anlaß der deutsch-nationalen Kunstaustellung in Düsseldorf hat Se Majestät der Kaiser folgenden Künstler die Goldene Medaille für Kunst verliehen: den Malern Clarenbach, Pissi, J. T. Junghans, Franz Riederich, W. Schmitz, ferner in Düsseldorf, seines John Quinze Adams in Wien, Gottlob Hans Olden-Wiemer, außerdem den Bildhauern Rich. Altmann-Charlottenburg, August Gaul-Charlottenburg und Josef Ballenberger in Köln.

— Aus Frankfurt a. M. meldet man: In Ludolf Bangels Kunstuhrsteigergälen fanden am 5. Dezember Gemälde erster französischer Meister (meist der Barbizon-Schule angehörend), Werke alter holländischer Meister, Porzellane, sowie Arbeiten in Silber etc. zur Versteigerung. Der illustrierte Katalog verzeichnet Arbeiten von Corot, Millet, Troyon, Daubigny, Diaz, Th. Rousseau, D. Teniers d. J., J. Hendrickx, B. Vompus, J. Bol, J. van Staade, Peter Paul Rubens etc.

— Aus Nürnberg berichtet man: Der bekannte Architektur-Maler Prof. Paul Ritter ist hier im Alter von 78 Jahren gestorben. Paul Ritter wurde am 4. März 1829 in Nürnberg geboren, studierte bei C. Heideloff und C. Rott und bildete sich dann weiter auf Studienreisen in Dänemark, Frankreich, Italien und Schottland. Er war für jahrem vierten Jahre aufzuhören und lebte ständig in seiner Heimatstadt, dessen alte Baudenkmäler er malte und radizierte. Von ihm stammen die Bilder „Einführung der Reichskleinodien und Heiligthümer in Nürnberg 1424“ (Rathaus in Nürnberg), „Der Pfarrhof“ u. a. D. Red.

Musik. Aus Wien wird berichtet: Eine Kinderoperette von Franz Lehár „Peter und Paul im Schlaraffenland“, Text von Bedanly und Grünbaum, hat im Theater an der Wien sehr gefallen. Es finden sich im Werke einige sehr hübsche musikalische Säckchen. Von Seiten vielen Kindesliebhabern gefallen namentlich zwei: „Soldatenpiel“ und „Das Schaulspield“. Luis Ratiouch und Eva Rosol spießen die beiden Schusterjungen mit droßigem Übermut.

— Aus München wird gemeldet: Der Komponist der „Neuzeitigen Frauen“ und der „Wer Grobiane“, Ermano Wolf-Ferrari bei einer neuen Oper heiteren Genres vollendet, die den Titel „Honny soit qui mal y pense“ trägt. Das Werk ist von Generaldirektor Wohl vor Uraufführung an der hiesigen Oper angemessen worden und soll hier bereits Anfang Februar n. J. in Szene gehen.

Theater. Aus Berlin wird berichtet: Im hiesigen Augustabtheater wo er sich vor mehreren Tagen einer Darmoperation unterzogen mußte, ist gestern der leiche Sohn des Komponisten Albrecht Löhring, der Königl. Schauspieler Hans Löhring auf dem Leben getreten. Als der jüngste von elf Kindern 1845 in Leipzig geboren, war er noch nicht sechs Jahre alt, als er seinen berühmten Vater verlor, der an ihm mit besonderer Zärtlichkeit hing. Das Schicksal, der Sohn eines großen Vaters zu sein, warf auch auf das Leben des jüngsten Verstoßenen seine Schatten. Die Kunst gab ihm nicht das, was er erhofft hatte, und so war sein Weg ein einsamer um so mehr, als er unverheiratet blieb. Bis die letzten Jahre, in denen er sich der wachsenden Bürdeigung seines Vaters erfreuen konnte, und seine 1901 erfolgte Anstellung am Berliner Königl. Schauspielhaus brachte Lächeln in sein stilles Leben, das er nicht ohne Verbitterung getragen hat. Von allen seinen Geschwistern ist nur noch eine Schwester, die 80jährige verwitwete Frau Anna Kraft-Löhring in Wien am Leben.

* Der Sachsen-Kunstverein wird am morgigen Freitag nachmittags 5 Uhr im Haupthauses des Königl. Ausstellungsgebäudes, Brühlscher Garten, eine Mitgliederversammlung abhalten. Auf der Tagesordnung steht u. a. auch die Bekanntmachung betreffs der Vereinsregale für 1908 (Ausgabe 1909). Das Direktorium hat unter fünf hiesigen Künstlern einen Wettbewerb bezüglich Erlangung einer für diesen Zweck geeigneten Radierung veranstaltet und schlägt eines der eingegangenen Blätter zur Auswahl vor. Jener soll noch die Wahl von fünf Mitgliedern des Direktoriums an Stelle der nach den Sitzungen mit Schluß des Jahres 1907 ausscheidenden Mitgliedern, nämlich der Herren Historienmaler und Radierer Prof. Ludwig Otto, Walter Prof. Wilhelm Claudius, Walter Edmund Körner, Ministerialdirektor Sch. Rat Dr. Schleser und Architekt Kurt Späte erfolgen.

* Im Photo-Kunst-Salon Oskar Bohr, Fa. Otto L. Göting, Johannestrasse neben Gal. König, tritt zurzeit der Kunstdoktor James Kaurig-Blatnick mit einer interessanten Kollektion seiner „photographischen Bildnisse im eigenen Hause“

D. S.

vor die Öffentlichkeit. Die Kurischen Bilder zeigen eine große Anzahl bekannter Dresdner Persönlichkeiten in der zwanglos natürlichen Umgebung des eigenen Heims. Besonders hervorzuheben ist die individuelle und bildmäßige Wirkung und Aufmachung dieser Heimporträts. Die Bilder zeigen eine äußerst feine Technik. Die Ausstellung, die für jedermann Interessantes bietet, ist täglich von 10 bis 6 Uhr kostenlos zu besichtigen.

Theater, Konzerte, Vorträge.

* Mitteilung aus dem Bureau der Königl. Hoftheater. Der Vorlauf zur Erstaufführung des neuen musikalischen Dramas „Tiesland“ von Eugen d'Albert bei einem Freitag, den 29. November, vormittags 10 Uhr, an der Kasse des Königl. Opernhauses.

* Residenztheater. Morgen, Freitag, wird im Operettenabonnement zweiter Serie „Bruder Straubinger“ wiederholt. Am Sonnabend abend und Sonntag nachmittag wird bei gewöhnlichen Preisen „Die lustige Witwe“, am Sonntag abend „Bruder Straubinger“ gegeben. Montag wird im Schauspielabonnement dritter Serie das Ritterdrama „Brüderchen“ aufgeführt.

* Am Sonnabend, den 30. November, wird die Ortsgruppe Dresden des Altdutschen Verbands im Weinen Saale der „Drei Raben“ einen Vortragsabend halten, für den es gelungen ist, den Kaiserl. Beiratamtmann a. D. Hrn. Geo. Schmidt als Redner zu gewinnen. Der Redner wird das Thema behandeln: „Die Eingeborenen unserer deutschen Kolonien in Westafrika und ihre Erziehung zur Arbeit.“ Der Vortrag wird durch eine Reihe vorzüglicher Bildbilder begleitet werden. Der Eutritt erfolgt gegen Eintrittskarten, die in beschränktem Maße — auch für Nichtmitglieder und deren Damen — in der Geschäftsstelle des Altdutschen Verbands, Ortsgruppe Dresden, Stricker Platz 15, zur Ausgabe gelangen.

* Der Lehmann-Osten-Chor veranstaltet als erstes Winterkonzert Dienstag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, eine musikalisch-dramatische Soirée im Palmengarten.

Vom Landtage.

Dresden, 28. November. Heute fand in der Zweiten Kammer, in Anwesenheit des Hrn. Ministerialdirektors Biell, Geh. Rats Dr. Waentig, des Geh. Schulrats Dr. Kühn und des Geh. Regierungsrats Dr. Schmalz die Allgemeine Beratung über das Königl. Dekret Nr. 17, den Entwurf eines Gesetzes, die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den Volksschulen und die Gewährung von Staatsbeihilfen zu ihren Altersstufen betreffend und die Allgemeine Beratung über den Antrag Rudelt, Wittig, Dr. Spieck und Gen., die erweiterte Übernahme der Volkschullisten auf den Staat betreffend (Drucksache Nr. 2) statt. Vorher teilte nach dem Vortrage der Rechtsanwalte des Präsidenten Dr. Wehner mit,

dass in der gestrigen Direktoriumssitzung beschlossen worden sei, Erklärungen vor Eintratte in die Tagesordnung nur zugelassen, wenn sie vorher dem Direktorium vorgelegen haben und dieses sich überzeugt habe, dass die Erklärung nur sachlich sei. Er glaubte, die Kammer werde mit diesem Verfahren einverstanden sein. (Bravo!)

Hierauf gab Hr. Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Schelcher folgende Erklärung ab:

R. d.: Ich habe nochmals zu erklären, dass mir bei meinen Erklärungen in den Sitzungen am 25. und 26. November jedwede Absicht, Hrn. Abg. v. Querfurth persönlich nahe zu treten, gezielt hat, dass ich vielmehr bei meinen Aussführungen lediglich die zwischen seiner Aufführung und der Aufführung der Regierung befindenden sachlichen Differenzen im Auge gehabt habe.

Mit Genehmigung des Direktoriums gab Hr. Abg. v. Querfurth die folgende Gegenersklärung ab:

Meine sehr geehrten Herren! Nach dieser Erklärung nehme ich keinen Anstand, mehrere zu erklären, dass ich mich mit meiner Aufführung über die gegen mich gerichteten Worte des Hrn. Reuternungskommissärs in einem Jurium befunden habe, und dass ich daher dasjenige, was ich gegen seine Person ausgesprochen habe, nicht mehr aufrecht erhalten kann.

Hierauf eröffnete der Präsident im Einverständnis der Kammer die Debatte über beide Punkte der Tagesordnung gemeinsam. In Vertretung des schwerkranken Hrn. Kultusministers v. Schlieben leitete Hr. Biell, Geh. Rat Dr. Waentig die Beratung über das Dekret Nr. 17 ein. Er wies zunächst die absällige Kritik des Hrn. Abg. Goldstein bei der Erstdebatte zurück. Wenn dieser Sachsen das Land der mangelnden Schulen genommen habe, so sei das nicht richtig. Von 3200 Gemeinden hätten 1922 eine oder mehrere Volksschulen, 1698 aber seien in Nachbarorte einzugeschoben. Das seien immer erst 47 Proz. Dabei aber müsse berücksichtigt werden, dass es etwa 2000 Ortschaften mit weniger als 120 Schülern gebe. Da sei es ein Segen, wenn sich Nachbarortschaften zu einer Schulgemeinde vereinigen, weil es dadurch möglich sei, für die einzelnen Altersstufen besondere Klassen zu schaffen. Das sei für die Volksschulen von höchster Wichtigkeit. Sachsen stehe aber immer noch mit seinem Volksschulwesen auf der Höhe. Das beweise nicht nur der Bildungsstand der sächsischen Arbeiter und der Rekruten, sondern auch der Umstand, dass aus aller Herren Länder zahlreiche Abordnungen kämen, um das sächsische Schulwesen zu studieren. Um es aber auf dieser Höhe zu erhalten, brauche man einen tüchtigen, pflichttreuen Lehrerstand. Diesen zu schaffen, dazu sollte der vorliegende Entwurf beitragen. Die Vorlage sei zwar als unvollkommen kritisiert worden, auch von der Kammer. Er hoffe, dass das Wohlwollen der Kammer für die Lehrerkraft erhalten bleibt und nicht nur in der Zweiten, sondern auch in der Ersten Kammer zum Ausdruck komme. Der Redner wies dann auf die finanziellen Forderungen hin, die dem Staat und den Gemeinden gestellt würden mit Ausführung der Vorlage. Das Statutkapitel 96 Titel 14 weise allein eine Höhereinstellung von 1210000 M. gemeinjahrig auf. Dazu kämen noch die Gemeindeaufwendungen. Das Kultusministerium stelle den Bestrebungen des Lehrer um Verbesserung vollkommen wohlwollend gegenüber. Es würde sich freuen, wenn die Kammern dazu kämen, auf diesem Gebiete noch weiter zu gehen als die Vorlage und vielleicht die Grenze, wo das Höchstgehalt erreicht werde, auf das 49. oder 50. Lebensjahr herabzusehen. (Bravo!) Das Kultusministerium lasse sich in dem Wohlwollen gegenüber der Lehrerschaft von niemandem, auch nicht in der Kammer, übertreffen, denn es wisse wohl am meisten zu würdigen, welche Verdienste sich diese um die kulturelle Fortbildung des Volkes erworben habt; und noch erwerbe. Hierauf begründete Hr. Rudelt seinen und seiner Freunde Antrag. Unter dem Vorfall des Hauses wünschte er zunächst dem Hrn. Kultusminister klare Genehmigung und ging dann auf die beiden Petitionen

des Vorstands des Sächsischen Lehrervereins und des Vereins Sächsischer Schuldirektoren näher ein. Er wies sodann den Vorlauf des Abg. Biell in der Erstdebatte zurück, dass die konervative Partei an der zu niedrigen Fixierung des früheren Mindestgehalts schuld sei und verlangte hierfür den Nachweis. (Sehr richtig!) Dann ging er zum Dekret selbst über und stellte folgende Forderungen namens seiner politischen Freunde, wenigstens der groben Nächtheit derselben, auf: 1. Die Erhöhung der Höchstgehalte sei zu billigen, ebenso die Einführung der Entschädigung für den leitenden Lehrer (§ 7 der Vorlage) und die Erhöhung der Vergütung für Überstudien. 2. Der Höchstgehalt der Lehrer muss für die Befreiung des Kindes vom Arbeitsdienst verhältnismäßig erhöht werden, lediglich die Finanzpruchnahme der Arbeitskraft zu entschädigen. Nicht bezahlt sein sollen damit besondere Aufwendungen wie Reisen etc. Außerdem müsse diese Entschädigung pensionsberechtigt sein. 3. Der Mindestgehalt des ständigen Lehrers müsse ausschließlich Wohnungsgeld 1500 M. betragen event sogar 1600. Die Aufrückungsfristen dürfen nicht mehr fünfjährig sein, beginnend vom erfüllten 25. Lebensjahr, sondern dreijährig, beginnend mit der Ständigerwerbung des Lehrers. 4. Der Höchstgehalt der Lehrer muss auf 3000 M. ausschließlich Wohnungsgeld vielleicht sogar auf 3200 M. erhöht und mit dem 50. Lebensjahr erreicht werden. (Sehr richtig! Bravo!)

Bei Erhöhung der Grundgehalte der Schuldirektoren haben diese an ihm den Wunsch gerichtet, dass für die kleineren Schulgemeinden 3300 steigend bis 3900 M., für die größeren 3600 steigend bis 5200 M. gewährt werden. Hier sollte sich seine Partei in diesen Zahlen noch nicht festlegen, wenn sie den Wünschen auch ihr absolutes Wohlwollen entgegenbringe, aber auch hier bei einer dreijährigen Aufrückungsfrist am Platze. Vor allem sei zu wünschen, dass die Vorlage nicht mitten im Jahre, sondern am 1. Januar 1908 in Kraft trete. Hierauf führte er aus, dass eine andere Verteilung der Staatstritte für Schulzwecke als die jetzt bestehende geschaffen werden müsse. Die Tragung der Schulosten sei für die einzelnen Gemeinden ganz verschieden geregelt. Vor allen Dingen müsse man den wirtschaftlich schwachen Gemeinden mehr Staatsbeiträge gewähren. Die Verteilungskarte müsse somit einer durchgreifenden Neuordnung unterzogen werden. Redner wies besonders auf die Verhältnisse in Preußen hin, wo man Betriebsgemeinden zur Tragung der Schulosten eingerichtet habe. Er erachtete die Überweisung des Dekrets Nr. 17 an die Gelehrtengesellschaft im Einvernehmen mit der Finanzdeputation für zweckentsprechend. Eines bestimmten Antrags jedoch enthielt er sich und überließ die Entscheidung hierüber dem Direktorium. (Bravo!) Abg. Hetzner schloß sich der von seinem Vorredner vorgeschlagenen Überweisung des Dekrets an. Im allgemeinen sei seine Partei mit dem vorliegenden Dekret zufrieden, doch habe sie noch manche Wünsche. Die soziale Stellung des Lehrerstandes habe sich in den letzten Jahren gehoben, und die Aufgaben der Lehrer seien höher geworden. Durch die Neubefolbung müsse man den Lehrern ein standesgemäßes und lorenfreies Leben verschaffen. Das von den Lehrern selbst vorgeschlagene Mindesteinkommen von 1600 M. erachte zwar seine Partei als nicht zu hoch, doch sei die wenig günstige finanzielle Lage des Staates und der Gemeinden und auch die den Lehrern wenig Kosten verursachende Ausbildung zu berücksichtigen. Seine Partei halte in Erwägung dieser Umstände einen Anfangsgehalt von 1500 M. und einen Endgehalt im Alter von etwa 48 bis 50 Jahren von 3000 M. für entsprechend. Besonderes Gewicht müsse man auf die Aufrückung in den Anfangsjahren legen, und er schläge für die ersten Jahre eine zweijährige Aufrückungsfrist vor. Was die Gehälter der Hilfslehrer anlangt, so wünsche er, dass der Gehalt im zweiten bez. dritten Jahre auf 1000 M. bei 1100 M. festgesetzt werde. Für die Schuldirektoren, denen mehr als zehn Lehrer unterstellt seien, verlangte Redner als Anfangsgehalt 3600 M. und anfängl. der fünfjährigen eine dreijährige Aufrückungsfrist. Mit der Gleichstellung der Lehrer und der Lehrerinnen in § 9 erklärte er sich einverstanden und wünschte noch eine besondere Regelung bezüglich der Fach- und Nadelarbeitslehrerinnen. Am Schluss rüttete er an die Regierung noch die Bitte, bereits am 1. Januar 1908 das Gesetz in Kraft treten zu lassen. (Bravo!)

Im Rahmen der Freiwilligen sprach Abg. Günther. Dieser schloß sich im großen und ganzen bezüglich der Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Direktoren den Wünschen der Vorredner an: also für Lehrer Anfangsgehalt 1500 M. Endgehalt im 48. bis 50. Lebensjahr 3000 M. (Sehr gut!) bei kürzeren Aufrückungsfristen als bisher (Sehr richtig!), bezüglich der Schuldirektoren wünschte er noch, dass man den Unterschied zwischen Direktoren kleinerer und größerer Schulen fallen lasse. Auch die Petition der Nadelarbeitslehrerinnen sollte berücksichtigt werden und die Witwen und Witzen nicht vergessen werden. Auch er wünschte den Eintratte der Verbesserungen für 1. Januar 1908. Dem Antrag Rudelt schloss er sich an, zu behalten er sich eine andere Stellungnahme vor. Biell, Geh. Rat Dr. Waentig bemerkte zunächst bezüglich der Rückdatierung der Vorlage auf den 1. Januar 1908, dass hiergegen finanzielle Deckungsschwierigkeiten sowohl des Staates wie der Gemeinden sprechen dürften. Die vom Hrn. Finanzminister bei der Etatdebatte erwähnte Erwägung über die Erhöhung der Staatszuschüsse für die Schulen beziehe sich, wie er glaubte, ebenso wie die Gehaltsverhältnisse der Staatsbeamten selbst auf 1. Januar 1909. Daher scheine es ihm, als sollten diese über das Dekret 17 hinausgehenden im Hause gemachten Vorschläge so zu verstehen sein, dass auch die Erhöhung erst vom 1. Januar 1909 eintrete. Ferner habe er Bedenken, die in früheren Finanzperioden gemachten Sparmaßnahmen hierfür zu entgehen. Die Frage des Abg. Hetzner, wie sich die Regierung die Wirkung des Gesetzes gedacht habe, ob es eigentlich alle Lehrer, die zur Zeit keines Infektionsbrechens angehören, rückwirkend Kraft haben solle, löste er bejaht. — Dem Abg. Rudelt erwiderte der Redner, dass im der Vorlage bez. der Einführung Vergütung des Verwaltungsaufwands von Verträgen keine Rede sei. Auch bezüglich der kürzeren Aufrückungsfristen würden Schwierigkeiten entstehen. Die Beschränktheit des Kirchensteuermittels beruhe darauf, dass dieser meist aus Stiftungsmitteln herstammt. Hier einzutreten sei bedenklich. Bezüglich des Güntherschen Hinweises auf die Unterscheidung der Direktoren halte er doch diese Unterscheidung für richtig, weil die Direktoren an größeren Schulen in ganz anderen Lebens- und Berufskreisen wirkten. (Sehr richtig!) über die Pensionierung der Hochlehrerinnen habe das Kultusministerium bereits Erwägungen angestellt. Hierauf ergriß Abg. Dürr das Wort. (Bei Schluss der Redaktion dauerte die Debatte fort.)

Tagesordnung für die neuunabhängige öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Freitag, den 29. November 1907, vormittags 10 Uhr. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kapitel 25 und 26 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1908/09, Vergütung der Staats- und Finanzausbau-Schulden, sowie Tilgung der Staatsschulden betreffend. (Drucksache Nr. 23.)

Mannigfaltiges.

Dresden, 28. November.

* Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Prinzen Friedrich Christian und Ernst Heinrich besuchten heute in Begleitung des Militärgouverneurs Major Baron O'Brien das Galanterie- und Spielwarenhaus B. A. Müller, Königl. Sachsl. Hoflieferant, Prager Straße 32.

* Aus dem vorläufigen Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni d. J. bringt das soeben erschienene neueste Heft der Zeitschrift des Königl. Statistischen Landesamtes einige Mitteilungen, denen zu entnehmen ist, dass die Bevölkerung Sachsen seit der letzten Volkszählung, also seit dem 1. Dezember 1905 bis zum 12. Juni 1907 um 73.000 Köpfe gewachsen ist und am Tage der Berufs- und Betriebszählung und 4.582.000 betrug. Dies ergibt, auf das Jahr berechnet, eine Bevölkerungswachstum um 1,07 Proz. Dennoch wäre in dem genannten Zeitraume die Zunahme etwas geringer gewesen, als vor der letzten Volkszählung (1900 bis 1905 Zunahme um 1,46 Proz.). In den anderen Bundesstaaten, die bis jetzt die vorläufigen Ergebnisse veröffentlicht haben, ist ähnliches beobachtet worden. Jedoch wird vermutlich die endgültige genauere Bearbeitung der Zählung noch eine höhere Bevölkerungszahl liefern. Außerdem ist es nicht unmöglich, dass hier und da kleine Kinder und Schulkinder in den Listen fehlen. Denn manche Leute glaubten trog aller gegenteiligen Beklärungen durch die Presse etc. und trotz der Bekanntmachung der Zählung die Kinder nicht mitzuzählen seien und unterliegen deshalb die betreffenden Eintragungen in die Zählpapiere. Aufällig ist jedoch, dass nach den vorläufigen Ergebnissen Leipzig nur eine ganz geringe Bevölkerungszunahme, Dresden sogar eine Abnahme der Bevölkerung zu verzeichnen hätte. Dies wird sich allerdings zum Teil aus der Jahreszeit erklären, da zahlreiche Personen im Sommer die Großstadt verlassen, auch in manchen großstädtischen Gewerbezweigen die Beschäftigungszahl im Sommer niedriger als im Winter ist. Auch kommen auswärtige Arbeiten der Garnison in Betracht.

* Im Centraltheater treten morgen, Freitag, zum vorletztenmal die berühmten Hindu-Tänzerin Miss Ruth St. Denis, sowie Otto Reutter, Mme. Rydia und die übrigen Attraktionen des Rosenbühnenprogramms auf.

* Die Feuerwehr wurde gestern abend nach Simsonplatz 1a (Vorstadt Radib) und heute früh nach Victoriastraße 12 alarmiert. Am ersten Ort war in einer Wohnung Feuer entstanden, das rasch unterdrückt werden konnte, während im zweiten Fall ein Aschebrunnen zu löschen war.

Aus Sachsen.

Chemnitz, 27. November. Der Heilsarmee ist dieser Tage ein Haus an der Ecke der Limbach- und Roßstraße von einem Herrn geschenkt worden. Man beabsichtigt, in diesem Hause ein Asyl für obdach- und arbeitslose Männer einzurichten.

Bad Elster, 27. November. Durch den eingetretenden Schneefall ist jetzt die Benutzung der von der Königl. Badedirektion neuangelegten Rodelbahn an der Waldquelle möglich geworden. Nach den vorgenommenen Probefahrten werden die Wünsche der an dem Wintersport teilnehmenden Personen wohl zufriedengestellt sein. Für die Benutzung der Rodelbahn werden Karten gegen eine kleine Abgabe im Hauptgebäude ausgegeben. Vom Bahnhof Bad Elster kommende Sportgäste erhalten diese Karten in dem am Bahnhofsflügel gelegenen Café und Restaurant „Carolath“, wo auch Rodelschlitten fahrbare und leichtweise zu haben sein werden.

Meerane, 28. November. Gestern nachmittag gegen 14 Uhr wurde auf dem Bahnhof Görlitz der Wagenrunder Arno Bohlers aus Merlach von der Maschine des einfahrenden Glashau-Geraer Güterzugs erfasst, ein Stück weit geschleift und am Kopf schwer verletzt. Der Bedauernswerte wurde nach seiner Wohnung überführt.

Schnitz, 27. November. Einen lobenswerten Beitrag zum sogenannten praktischen Sozialismus liefert der Verwaltungsausschuss der Kochschule zu Neustadt bei Sebnitz, indem von ihm beschlossen wurde, Abendkurse im Kochschulunterricht für die der Schule entwachsene Mädchen der hiesigen Gegend abzuhalten. Es ist dies eine Einrichtung, die namentlich von den Arbeitern der hiesigen Blumenindustrie mit Freuden begrüßt werden dürfte. Gibt es doch viele Mädchen, die ganz jung zur Industriearbeit herangezogen wurden und daher keine Gelegenheit fanden, sich auch nur die einfachsten häuslichen Kenntnisse anzueignen.

Potschappel, 27. November. Hr. Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Dr. Joseph, Leipzig, hielt in seinem Eigentum als Vorstandsmitglied des Verbands Sächsischer Industrieller in einer von Industriellen aller Ortschaften des Plauenschen Grundes und der benachbarten Städte zahlreich besuchten Versammlung der Ortsgruppe des genannten Verbands hier einen Vortrag über „die politische Lage im Königreich Sachsen nach den bisherigen Verhandlungen im Landtage“ und sandte lediglich Beifall für seine Aufführungen. Der Dank der Versammlung wurde ihm vom Vorsitzenden der Ortsgruppe, Hrn. Gräßner, Deuben, ausgesprochen.

Aus dem Reiche.

(B. L.)

Berlin, 27. November. Ein Chines in der Berliner Handelshochschule ist nach Schluss der ordentlichen Aufnahmetage in einem außerordentlichen Aufnahmeterminal immatrikuliert worden. Der Handelsstudent aus dem Reide der Witte heißt Werner Lu und stammt aus Shanghai. Der junge Chines, der sich seit dem Jahre 1899 in Deutschland aufhält, hat die beiden Vorbedingungen, Einjährig-Freimüllzeugnis und kaufmännische Lehrzeit, dadurch erfüllt, dass er zu dem Zeugnis seines chinesischen Lehrers noch eine Bezeichnung des chinesischen Geschäftes in Berlin beigebracht hat, wonach der dort erlangte Bildungsgrad ungefähr den Anforderungen entspräche, die in Deutschland für die Berechtigung zum Einjährig-Freimüllzeugnis gefordert werden, und dass er außerdem Zeugnis der kaufmännischen Firmen, bei denen er beschäftigt war, vorlegte.

Niels, 27. November. Ein schwerer Südweststurm hatte in den benachbarten Gewässern mehrere Schiffsverluste zur Folge. Der Dreimastsschooner „Victoria“ strandete südlich von Laaland, der Swensborger Schooner „Merkur“ sank bei Lübeck. Beide Schiffe werden als verloren betrachtet. Die Bevölkerung wurde jedoch gerettet. Auch die Fischer erlitten beträchtlichen Schaden an Booten und Gerüten.

Braunschweig, 27. November. Vier mit Braunlohe beladene Wagen eines von Helmstedt kommenden Güterzugs

entgleisten heute morgen infolge vorzeitigen Umwerfens der Weiche zwischen dem hiesigen Hauptbahnhofe und dem Ostbahnhofe. Zwei der entgleisten Wagen stürzten um. Ein Bremsen wurde bei dem Unfall leicht verletzt. Nachmittags war das Gleis wieder frei. Verkehrsstörungen sind nicht entstanden. Der angerichtete Schaden ist nicht bedeutend.

Gassel, 27. November. Beim Neubau des Königl. Hoftheaters starzte heute kurz vor 12 Uhr, als die Arbeiter nach Hause gingen wollten, ein schweres Baugerüst zusammen und begrub drei Arbeiter unter sich. Ein Obermonteur erlitt einen Schädelbruch und sehr schwere innere Verletzungen, denen er noch auf dem Transport nach dem Krankenhaus erlag. Noch andere Arbeiter wurden gleichfalls schwer verletzt.

Bosnien, 27. November. Auf dem Güterbahnhofe wurden große Unterschläge entdeckt. Eine Anzahl Unterbeamte und Arbeiter des Güterbahnhofs sind bereits verhaftet worden. Bei den des Dienststabs von Frachtgütern beschuldigten fand die Polizei ein umfangreiches Warenlager von Stoffen und Wäsche. Die Haussuchung bei anderen Verhafteten förderte Wertsachen auf. Um weiteren Veruntreuungen vorzubeugen, stellte die Eisenbahndirektion Aufsichtsbeamte ein.

Hobenzalza, 27. November. Bei der hiesigen Stadtverordnetenwahl siegten die Deutschen in allen Abteilungen über die Polen.

Frankfurt a. M., 27. November. In der Klagesache der "Frankfurter Zeitung" gegen die hiesige sozialdemokratische "Volksstimme" wegen schwer beleidigender Angriffe in der Angelegenheit der Bayerischen Bodenkreditanstalt Würzburg verhandelte heute das Schöffengericht von morgens 9 Uhr bis nachts 1 Uhr. Der verantwortliche Redakteur der "Volksstimme" Wilhelm Gander wurde wegen des Vorwurfs der Fälschung, Bestechlichkeit und Korruption, für den der Wahlkampfbewerb durchaus mißlungnen ist, zu 500 Pf. Geldstrafe nebst den Kosten und Veröffentlichung in verschiedenen sozialdemokratischen Blättern verurteilt, wobei das Gericht feststellte, daß die "Frankfurter Zeitung" durchaus objektiv berichtet habe und nichts vorgebracht werden sei, was ihre Integrität irgendwie erschüttern könnte.

Merzig, 28. November. Am 27. November abends 11 Uhr, erfolgte im Mettlacher Tunnel infolge plötzlich auftretenden Gebirgsdrucks ein Gewölbeinsturz auf 15 m Länge. Die nachdrückenden Gebirgsmassen verspernten den Tunnel auf 28 m Sohlenlänge. Personen sind nicht verletzt. Die Dauer der Betriebsförderung läßt sich noch nicht bestimmen. Boretz wird der Personenvorlehr zwischen den beiden Endstationen Mettlach und Pontenbesserungen mittels Landfahrwerk aufrecht erhalten. Der Durchgangsvorlehr wird über Seitenlinien geleitet.

Aus dem Auslande.

(W. T. B.)

Boryslaw (Galizien), 27. November. Gestern nacht sind zwei Raphithaschäfte niedergebrannt. In der Tiefe beider Schächte brennt das Kohl noch fort.

Paris, 27. November. Im Senat wurde die Diskussion über den Bericht betreffend die Katastrophe der "Jena" fortgesetzt. Der Berichterstatter Monis wies darauf hin, daß man zu der Überzeugung gelangt sei, daß das tauchlose Pulver unter dem Einfluß von Feuchtigkeit oder übergroßer Hitze sich schlecht gehalten habe. Nach der "Jena"-Katastrophe sei man zu der Vermögens, daß das Pulver widerstandsfähig machen Mittels übergegangen, das in Deutschland, dem einzigen Lande, wo keine Unfälle durch Pulver veranlaßt worden seien, zur Verbrennung gelange.

Whitchaven (Grafschaft Cumberland), 27. November. Heute nochmitten ereignete sich hier in einer Kohlengrube eine Explosion, bei der zwei Personen getötet und elf verletzt wurden; drei Personen werden vermisst; man befürchtet, daß sie ebenfalls ums Leben gekommen sind.

St. Petersburg, 27. November. Bei der bakteriologischen Untersuchung der Leichen der in Bjerny unter verdächtigen Umständen Verstorbenen wurde bei einer Leiche das Vorhandensein von Pestbazillen festgestellt. Ein neuer Pestfall ist in diesem nicht festgestellt worden.

Sport.

Der Sächsische Automobilclub veranstaltete gestern abend in seinen vornehmen Clubräumen an der Ringstraße einen Vortragabend, dem zahlreiche Mitglieder des Klubs sowie viele aktive und inaktive Offiziere beiwohnten. Auch die Mitglieder des freiwilligen Sächsischen Automobilclubs hatten sich in ihren schmalen Uniformen zahlreich eingefunden. Unter den Anwesenden bemerkten wir Sr. Eppelzeng den Hr. General der Kavallerie J. D. v. Kirchbach, ferner die Herren Oberstleutnant Thümmel und Osten, Standesherren Dr. Baumann, Generalstabsrat Kapo. Nach einer herzlichen Begrüßung der Anwesenden durch den zweiten Präsidenten, den Architekten Voigt, hielt Hr. Dr. phil. Karl Dietrich Hellenberg einen hochinteressanten, durch zahlreiche Bildtafeln unterstützten Vortrag über das Thema "Der Kraftwagen als modernes Reisemittel". Der Redner hob einleitend die Bedeutung des Kraftwagens als Reisemittel gegenüber den immer mehr überhand nehmenden sporadischen Veranstaltungen hervor und zeigte die Entwicklung des Automobils an zahlreichen Bildtafeln, die der Redner größtenteils selber aufgenommen hatte. Die Bilder führten die ältesten Typen des Autos vom Motorwagen und vom ersten einzylinderigen Kleinwagen von Benz und Daimler bis zum jetzigen modernen Automobil vor, daß sich speziell für die Reihe und den Verkehr eignet. Nach einem Hinweis auf die Bedeutung des Explosionsmotors für die Kraftfahrt und das Motorboot gab der Redner ausführliche Anweisungen, wie man am besten eine Reise mittels Kraftwagen antritt. Nach einer Besprechung der notwendigen Vorsichtsmäßigkeiten misst der Redner auf das Benzin als Treibstoff, sowie auf die Petroleum, Benzol- und Elektromotoren hin und berücksichtigt die Ausführungen der Automobilindustrie mit besonderer Berücksichtigung des Autos als Verkehrsmittel. Für den Automobilisten seien es nicht nur die geschriebenen Gesetze, sondern die ungefährdeten Gelege der Selbstfahrt, die ihm die Sympathien des Publikums holen, die gerade bei einer Reise im Kraftwagen sehr notwendig seien. Daß mit einer solchen Reise auch hohe Naturgefahren verbunden sind, zeigte der Redner wiederum an einer großen Anzahl selbstaufgenommener Bildtafeln zum Teil aus den Alpen und herrlichen Gegenden des Südens. Zum Schluß kreiste der Redner auch noch die Staatsfrage und empfahl als bestes Mittel langsame und vorstellige Fahrten, sowie jede Rücksichtnahme auf das Publikum und auf die Gefährte der Straße. Der ausgezeichnete Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall belohnt. Nach der sich anschließenden lebhaften Diskussion folgte noch ein geselliges Beisammensein in den schönen Clubräumen.

Börsenwirtschaftliches.

○ Man schreibt uns über die Sächsische Turbinenbau- und Maschinenfabrik vormals Albert Kuhner & Co. in Meiningen-Bischleben: Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf dem 21. Dezember anberaumten Aktionärsversammlung eine Dividende von 6 % (d. h. 7 %) in Vorschlag zu bringen.

* Berliner Börsenbericht vom 28. November. Auf die Befähigung der westlichen Börsen für Rentenwerke und auf New Yorker Berichte, die eine weitere Besserung auf dem dortigen Geldmarktes erwarten lassen, eröffnete die hiesige Börse in letzter Zeitung bei lebhaftem Geschäft in ausländischen Rentenwerken. Außer diesen zogen auch Banken an. Dagegen war das Geschäft in Eisen- und Rohrenaktien bei guter Haltung ruhiger. Von Bahnen waren namentlich italienische auf Holzland döhrt. Im weiteren Verlaufe bewirkte die Bekanntgabe von der Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung der Canadaschaff zum 30. Dezember, um die Betriebsverhältnisse zu eventuellen Ausgabe des Restes des geistlich autorisierten Stammlapitals in Höhe von 28 529 000 Doll. zu ermächtigen, eine wesentliche Abschwächung in Canadaschaff. Hierzu ausgedehnt gestaltete sich die Gesamtentwicklung ungünstiger. Täglich fließbares Geld über Ultimo 8 %.

(W. T. B.) Köln, 28. November. Wie der "Kölner Bier" aus New York gemeldet wird, ist die American Silk Company,

die mit einem Kapital von 11 Mill. Doll. arbeitet, und Seiden-

webereien in New York, Pennsylvania und New Jersey besteht, infolge Kreditmangels in Konkurs geraten und unter Zwangsverwaltung.

Webergasse - Schießstraße, hat der heutigen Nummer unseres Blattes die Preisliste für seinen Weihnachts-Ausverkauf, der am 29. und 30. November sowie 1. Dezember stattfindet, beilegen lassen.

Geschäftliches.

* hr. Hoffleiter Herm. Mühlberg, Dresden, Wallstraße - Webergasse - Schießstraße, hat der heutigen Nummer unseres Blattes die Preisliste für seinen Weihnachts-Ausverkauf, der am 29. und 30. November sowie 1. Dezember stattfindet, beilegen lassen.

Sächsische Bank zu Dresden.

Die von uns am 24. Oktober 1901 bis 6. Oktober 1906 ausgestellten Kontobücher über Bareinlagen Ser. IV Nr. 30 295 und Ser. IV Nr. 36 433 sind bei uns als verloren angesehen worden.

In Gemäßheit von § 12 unseres Gesetzes vom 4. Dezember 1899 machen wir dies hiermit unter der Bedeutung bekannt, daß wir die obigen Kontobücher für fruchtlos erklären und an ihrer Stelle Duplikate ausstellen werden, wenn sich innerhalb dreier Monate, vom unten angeführten Tage ab, ein Inhaber dieser Kontobücher bei uns nicht melden willte.

Dresden, 28. November 1907. 9153

Sächsische Bank zu Dresden.

Hegemeister. Gruneberg.



8840

sind nur zu beziehen durch

SINGER CO.

Nähmaschinen Act. Ges.

DRESDEN, Ferdinandstr. 2, nahe der Prager Str.

Würzburger Str. 4 | Hauptstr. 34 | Strüsser Str. 10.



101

Herrnhuter Warenhaus
Altmarkt 10.

Spezialgeschäft für Tisch-, Bett- und Leibwäsche.

Promptste Anfertigung kompletter Ausstattungen.

8566



Vorbehaltliche Bezugsquelle für Weihnachts-

geschenke! 9165

Prachtvolle

Pianinos,



101

Harmoniums.

Nur erstklassige Fabrikate, alle erdenklichen Größen, zum

Preise von 50 M. an.

Stolzenberg,

Joh. Georgen-Allee 13.

8107

Wasserland der Elbe und Moldau.

Budweis Prag Barbisch Weißitz Leitmeritz Dresden

27. November - 16 - 64 - 12 - 78 - 66 - 170

28. November - 15 - 60 - 10 - 78 - 66 - 178

